

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Fehrm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnezeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

— An die Reichstagswähler! —

Am 12. Januar 1912 sollen die Neuwahlen zum Deutschen Reichstage stattfinden. Kaum jemals zuvor standen die Wähler vor einer so folgenschweren Entscheidung. Von dem Ausgang dieser Wahlen wird es abhängen, ob auch in den nächsten Jahren die Politik der Bedrückung und Ausplünderung weiterbetrieben oder ob endlich das deutsche Volk zu seinem Rechte kommen soll.

Bei den Reichstagswahlen im Januar 1907 sind die Wähler von der Regierung und den sogenannten „nationalen“ Parteien hintergangen worden; viele Millionen Wähler haben sich damals in die Irre führen lassen. Der Reichstag des „nationalen“ Blockes von Henckels bis Wiemer und Nannmann hat das Vereins- und Versammlungsrecht reaktionär gestaltet, den Gebrauch der nichtdeutschen Sprache in Versammlungen beschränkt und den Jugendlichen das Versammlungsrecht zum größten Teil geraubt, hat jede Forderung für Meer, Marine und Kolonien bewilligt.

Eine ungeheure Mehrbelastung des Volkes war die Folge. Trotz der im Jahre 1906 bewilligten mehr als 200 Millionen Mark (Fahrkarten- und Frachtbriefsteuer, Zigarettensteuer u. s. w.), trotz der feierlichen Versicherung der Regierung durch das offiziöse Organ, unmittelbar vor der Wahl 1907, daß keine neuen Steuern geplant seien, kam die „Finanzreform“ der 500 Millionen.

Konservative und Liberale waren vollkommen einig darin, daß vier Fünftel dieser gewaltigen Summe durch neue oder durch Erhöhung schon bestehender indirekter Steuern aufzubringen seien zum weitaus größten Teil von Arbeitern und Angestellten, kleinen Geschäftleuten, Handwerkern, Kleinbauern. Da sich die Parteien des Bülowblocks aber weder über die sogenannten Besitzsteuern, noch über die Schnapsabgabe einigen konnten, so ging das unnatürliche Gebilde in die Brüche und der neue innerlich verwandte Block der Ritter und Heiligen trat in die Erscheinung. Dieser hat die Bierabgabe für Schnapsbrenner gerettet, die Erbschaftsteuer, die nur wohlhabende und reiche Leute hatte treffen sollen, abgelehnt und dem schaffenden Volke Bier, Brautwein, Tabak, Zigarren, Kaffee, Tee, ja sogar die Streichhölzer, im ganzen um Hunderte von Millionen verteuert. Ebenso volksfeindlich verhielt sich der konservativ-merikale Block bei der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung, die zum guten Teile eine Verhöhnung der Arbeiter, ihrer Witwen und Waisen bedeutet. Raubt sie doch den Arbeitern Rechte, die sie jahrzehntelang mit glänzendem Erfolg für die Versicherten ausgeübt haben, verlagert sie doch den schwangeren Frauen, den Müttern und den Säuglingen notwendigen Schutz und zureichende Fürsorge.

Es ist begreiflich, daß nach solchen Leistungen immer weitere Kreise erkannten, wie furchtbar sich die Leichtgläubigkeit der Wähler bei den Hottentottenwahlen im Jahre 1907 rächte. Alle Nach- und Neuwahlen zum Reichstage sowohl wie zu den Landtagen und den Gemeinden zeigten: gewaltigen Stimmenzuwachs für die Sozialdemokratische Partei. Ihre Gegner wurden infolgedessen immer mehr von der Wahlangst gepackt, und auf der Suche nach einer zugkräftigen Parole für die herannahenden Wahlen versifeln die Scharfmacher wieder einmal auf den Wahltrieb, den Blick des Volkes von den Zuständen im Innern durch eine „nationale Tat“ nach außen abzulenken.

Der Marokkhandel gab willkommene Gelegenheit dazu. Gaben und drüben schürten die kapitalistischen Kriegsinteressen und die nationalistischen Schreier den Völkerhaß und trieben das gefährliche Spiel so weit, daß sich der Reichskanzler schließlich selbst gezwungen sah, seinen junkerlichen Bundesgenossen den Vorwurf ins Gesicht zu schleudern, daß sie den Patriotismus zu Partei- und Wahlzwecken mißbrauchten. Aber der Versuch, im Interesse der reaktionären Parteien die nationalen Leidenschaften aufzustacheln, wird dennoch fortgesetzt.

Wähler, seid auf der Hut! Bedenkt, daß ihr am Wahltag vielleicht die Entscheidung über Krieg oder Frieden in der Hand habt.

Nicht weniger wichtig wie für die äußere Politik wird der Wahlausgang für die innere Politik sein.

Fürst Bülow erklärte bei den vorigen Wahlen: „Je weniger Sozialdemokraten, um so mehr soziale Reformen.“ Das Gegenteil ist richtig. Das haben die letzten Jahre schlagend bewiesen: Die sozialistischen Wähler klapperten zwar, gaben aber nur spärlich Mehl.

Den Beamten und Staatsarbeitern hatte man, um sie für „nationale“ Reichstagskandidaten einzufangen, Gehalts- und Lohnaufbesserungen versprochen. Man gab den oberen gutbezahlten Beamten mit Scheffeln, den unteren, die die Aufbesserung am meisten nötig hatten, mit Löffeln. Die bescheidenen Aufbesserungen waren aber mehr als ausgeglichen durch die neuen Steuern und die wachsende Steuerlast.

Dem Volke verweigerte die Regierung, als es bei den immer steigenden Lebensmittelpreisen in keiner Not um Abhilfe schrie, jede Erleichterung. Und während der Reichskanzler tiefinnig behauptete, daß die Presse durch die Schilderung des Notstandes die Preissteigerung verschärft habe, verlagten die sogenannten Mittelstandsretter — Zentrum, Konservative, Antisemiten und ihre Gefolgschaft — jede von der Sozialdemokratie angeregte Hilfe und denunzierten dagegen den Mittelstand als den Lebensmittelverteurer.

Neue Steuern, Lebensmittelsteuer, Volksentrechtung, steigende Kriegsgefahr

— das hat der 1907 mit so großem „nationalen“ Tamtam begrüßte Reichstag gebracht. Nun naht der Reichstagswahltag Deutschlands, sorgt für eine andere Mehrheit! Je stärker die Sozialdemokratie im Reichstage erscheint, um so sicherer verankert ist der Weltfriede und die Wohlfahrt des Volkes!

Die Sozialdemokratie erstrebt die Eroberung der politischen Macht, die jetzt in den Händen der besitzenden Klassen ist und von dieser Minderheit zum Schaden der breiten Massen des Volkes mißbraucht wird. Man denunziert uns deshalb als „Umschüler“. Trüchtiger Vorwurf! Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist ebensowenig ewig, wie es frühere Staats- und Gesellschaftsordnungen gewesen sind. Sie wird durch eine höhere, die sozialistische Ordnung ersetzt werden, für welche die Sozialdemokratie kämpft. Dann wird die Solidarität aller Menschen und ein menschenwürdiges Dasein für alle verwirklicht. Den Weg dazu bahnt die sozialistische Entwicklung selbst, die alle Kräfte für eine neue Gesellschaft in sich birgt.

Für uns besteht zunächst die Aufgabe, alle Mittel, die uns die Gegenwart in die Hand gibt, zu benutzen, um die vorhandenen Übel zu mildern, neue Einrichtungen zu schaffen, dazu bestimmt, den großen Massen eine höhere Lebenshaltung zu ermöglichen.

Daher fordern wir:

Demokratisierung des Staates in allen seinen Lebensbeziehungen, freie Bahn für die Entfaltung aller persönlichen Anlagen und Fähigkeiten, keine Privilegien, die rechte Person an die rechte Stelle.

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom vollendeten 20. Lebensjahre an für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts und für alle Vertretungskörper. Verhältniswahl zur Beseitigung der mit der heutigen Wahlkreiseinteilung verknüpften schreienden Ungerechtigkeiten.

Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Volle Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Staatssekretäre. Bildung eines Ausschusses durch den Reichstag für die Kontrolle der auswärtigen Politik. Mitentscheidung der Volksvertretung über Krieg und Frieden. Zustimmung des Reichstags zu allen Staatsverträgen.

Organisierung der Landesverteidigung auf demokratischer Grundlage. Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht für alle maffenfähigen Männer. Herabsetzung der Dienstzeit auf das zur Ausbildung für die Landesverteidigung unumgänglich notwendige Maß. Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Beseitigung des Vorrrechts des einjährig-freiwilligen Dienstes. Abschaffung aller Prunkes und aller kostspieligen Uniformierung in Armee und Flotte.

Bekämpfung der Klassenjustiz und Verwaltungswillkür. Reform des Strafrechts, der Strafprozessordnung, des Verwaltungsrechts und des Strafvollzugs im Sinne moderner Kultur- und Rechtsauffassung. Beseitigung aller Ausnahmegesetze und ausnahmerechtlichen Verwaltungsmaßregeln.

Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechtes für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern und Arbeiterkammern. Wahl der Beisitzer durch die Interessenten auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts.

Ausbau der Gewerbeinspektion durch Zuziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen als Hilfsorgane. Gesetzlich festgelegter Normalarbeitstag von acht Stunden. Weitere Verkürzung der Arbeitszeit in gesundheitschädlichen Betrieben.

Reform der Arbeiterversicherung. Aufhebung der Benachteiligung der ländlichen Arbeiter und der Dienstboten, direkte Wahl der Vertreter, Erweiterung des Rechtes der Arbeiter in den Vertretungskörpern, Erhöhung der Leistungen, Herabsetzung des Alters für den Bezug der Altersrente von dem 70. auf das 65. Lebensjahr, auskömmliche Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, Stillprämien und unentgeltliche Hebammen- und Arzthilfe.

Volle Religionsfreiheit. Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Keinerlei Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche Zwecke.

Unentgeltliche Volksschule als Grundlage des gesamten Bildungswezens (Einheitschule). Unentgeltlichkeit der Vermittel. Freiheit für Kunst und Wissenschaft.

Herabsetzung und schließliche Beseitigung der indirekten Steuern und Aufhebung der Lebensmittelzölle. Beseitigung der Zölle auf Futtermittel. Aufhebung der Einfuhrzölle. Beschränkung der Kontrolle bei Einfuhr von Vieh, Geflügel und Fleisch auf die unumgänglich notwendigen sanitären Maßregeln. Entsprechenden Abbau der Industriezölle, welche die Syndikats- und Ringbildung begünstigen und dahin führen, deutsche Industrieerzeugnisse billig dem Auslande zu liefern und sie dem inländischen Verbraucher um so teurer zu verkaufen.

Unterstützung aller Maßregeln, die Handel und Verkehr fördern. Aufhebung der Fahrkartensteuer und des Frachtbriefstempels.

Stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern, zumal diese Heranziehung der Wohlhabenden und Reichen zugleich das wirksamste Mittel ist, den Schrei unserer zahlungsfähigen Patrioten nach immer neuen Heeres- und Flottenvermehrungen zu dämpfen.

Innere Kolonisation zwecks Steigerung der Erzeugung von Nahrungsmitteln. Überführung des Großgrundbesitzes in Gemeineigentum. Ordnung und Förderung von staatlichen Musteranstalten und Landwirtschaftsschulen. Urbarmachung der Moore, des Sumpfs, Ob- und Unlandes. Abwehr aller Versuche, die Unterjochung und Ausbeutung fremder Völker durch die Mittel der Kolonialpolitik herbeizuführen.

Wähler Deutschlands!

Eine neue Flottenvorlage und eine neue Militärvorlage stehen in sicherer Aussicht, die die Steuerbelastung um Hunderte von Millionen abermals steigern werden. Wie bisher schon, so werden auch weiterhin die Herrschenden versuchen, die neuen Lasten auf die Schultern der Minderbemittelten zu wälzen und damit die Existenz der Familien weiter zu erschweren.

Mögen darum auch die Frauen, auf denen die Bürde des Haushalts in erster Linie ruht, die heute selbst noch politisch rechtlos sind, an der Aufklärungsarbeit teilnehmen und sich entschließen in den Dienst unserer Sache stellen, die auch die ihre ist!

Wähler Deutschlands! Seid ihr mit diesen grundsätzlichen Auffassungen einverstanden, dann gebt bei der Wahl am 12. Januar den sozialdemokratischen Kandidaten eure Stimmen. Helft den Grund legen zu einer neuen, besseren Gestaltung unseres staatlichen und gesellschaftlichen Baues, der die Devisen tragen soll:

Tod der Rot und dem Müßiggang!
Arbeit, Brot und Gerechtigkeit für alle!

Euer Schlachtruf am Wahltag sei: Es lebe die Sozialdemokratie!

Vor der Entscheidung.

5. Das Hochschuttsystem.

In dem Aufsatz über die Reichsfinanzreform haben wir schon gesehen, daß das Deutsche Reich lediglich auf dem raffinierten System der indirekten Belastung der breiten Massen des Volkes ruht. Indirekte Steuern und Zölle sind eng miteinander verknüpft. In der Reichsverfassung wurden dem Deutschen Reich zur Bestreitung seiner Ausgaben neben den Erträgen der Reichspost, der Telegraphenverwaltung und der eisenbahnräumigen Eisenbahnen und einigen unbedeutenden anderen Bezügen nur die Einnahmen aus den Zöllen, den Verbrauchssteuern und den Stempelabgaben zugewiesen. Abgesehen von der im Jahre 1906 geschaffenen Erbschaftsteuer, die aber den Normalfall des Erbübergangs von den Eltern auf die Kinder von der Steuerpflicht ausnimmt und deshalb wenig einbringt, abgesehen auch von den lächerlich geringfügigen Beiträgen, die die Champagnersteuer einbringt, erhebt das Deutsche Reich keine Besitzsteuer. Alle bisherigen Versuche der Sozialdemokratie, eine Einkommens- oder Vermögenssteuer durchzuführen, sind gescheitert. Der große Besitz, der in der gesamten Bevölkerung nur einen verschwindend kleinen Bruchteil repräsentiert, gab bisher im Reichstag den Ausschlag und wehrte sich mit Erfolg gegen eine gerechte Verteilung der Lasten.

Aber der große Besitz, besonders der agrarische, begnügt sich nicht mit der Belastung der Massen zugunsten der Reichskasse, er bürdet ihnen darüber hinaus noch einen Tribut auf, der in seine eigenen Taschen fließt. Die beiden Zwecke dienen die agrarischen Schutzzölle, denen nach dem Leitmotiv: „eine Hand wäscht die andre“ zugunsten der Schwerindustrie die Industriezölle angegliedert wurden. Wir unterscheiden zwischen Finanz- und Schutzzöllen, wissen aber, daß die Scheidelinie zwischen beiden nicht immer eine scharfgezogene ist. Der Charakter des Schutzzolls kann sich mit dem des Finanzzolls vermischen und umgekehrt. Keine Finanzzölle sind bei uns die Zölle auf Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, ausländischen Tabak, Gewürze, Petroleum und ähnliche Verbrauchsgegenstände, die im Inlande nicht gewonnen werden. Diese Zölle kann man ebenjogut Verbrauchssteuern heißen, denn ihr Zweck ist lediglich, mit dem Preis der Gegenstände eine Abgabe für die Reichskasse zu erheben. Als Schutzzölle bezeichnen wir die Zölle auf Getreide, Fleisch, Milch, Holz, Eisen, Leguminosen u. s. w. Diese Zölle sollen zum „Schutz der nationalen Arbeit“ dienen. Sie sind aber zugleich auch Finanzzölle, da die Finanzwirtschaft des Reiches auf den Erträgen dieser Zölle aufgebaut ist.

Im Jahre 1909 wurden allein aus den Zöllen 660 Millionen Mark Reichseinnahmen gewonnen. Dazu kommen die Erzeugnisse und Verwaltungskosten, die auf 6 bis 8 Prozent zu schätzen sind und natürlich auch von den Verbrauchern der verzollten Gegenstände aufgebracht werden müssen. An Zöllen und Verbrauchssteuern zusammen waren im Etat für 1910: 1207 Millionen Mark vorgesehen, das wirkliche Ergebnis aber, das nach der genauen Feststellung unterliegt, dürfte erheblich höher gewesen sein. Die Reinerträge aus einigen wichtigen Massenkonsumartikeln betragen nach den endgültigen Abrechnungen für das Jahr 1909 bei:

Table with 2 columns: Item (e.g., Getreide, Malz, Hülsenfrüchte) and Amount (in Millionen Mark).

Der Getreidezoll bildet den Mittelpunkt der ganzen deutschen Zollgesetzgebung. Was von seinen Erträgen in die Reichskasse fließt, ist nur ein kleiner Bruchteil der Last, die das deutsche Volk tragen muß. Denn der Getreidezoll verteuert nicht nur die Getreidemengen, die vom Auslande in Deutschland eingeführt werden, sondern auch das viel größere Quantum des im Inlande gebauten Getreides. Die Minimalsätze des Zolltarifs, unter die auch in den Handelsverträgen nicht herabgegangen werden darf, betragen für Weizen 5 M., Roggen 5,50 M., Braugerste 2 M., Futtergerste 1,30 M., Hafer 5 M., Mais 3 M. pro Doppelzentner. Um diese Beträge wird das gesamte in Deutschland verbrauchte Getreidequantum verteuert. Das Getreide, das man hier und da noch hört, den Zoll zahle nicht das Inland, sondern das Ausland, ist einfach lächerlich. Würde das richtig, so würde ja der Getreidezoll seine Schutzwirkung völlig verlieren. Er soll doch verhindern, daß das billigere Auslandsgetreide ohne Ausschlag bei uns eingeführt wird, er soll bewirken, daß der Inlandspreis um den Zollbetrag über dem Weltmarktpreis liegt. Die Summe, die durch den Zollzuschlag auf eingeführtes Getreide einfließt, fließt in die Reichskasse, der viel größere Betrag aber, um den das Inlandprodukt durch die Zollwirkung im Preis hinaufgeschoben wird, kommt den Getreideproduzenten zugute. Der Münchener Nationalökonom-Professor Brentano hat berechnet, daß das deutsche Volk für Roggen, Weizen, Gerste und Hafer umföge des Volkes bezahlt hat:

Table comparing import values for 1907, 1908, and 1909 in different currencies (Mark, Reichsmark, etc.).

Von den rund 3068 Millionen Mark, um die der deutsche Getreidekonsum in den 3 Jahren verteuert wurde, sind also 2691 Millionen Mark in die Taschen der getreidebauenden Großgrundbesitzer und nur 377 Millionen Mark in die Reichskasse geflossen. Eine vierköpfige Familie hat hiernach rund 10 M. im Jahre an den Zoller und Großbauern zu zahlen, damit er „hundesgerade“ leben kann, dazu kommen rund 10 M. als Zollabgabe an das Reich.

Von Zoller und Großbauern darf man bezahle in diesem Zusammenhang sprechen, weil sie es sind, die vorwiegend Getreide bauen — während der Kleinbauer mehr der Viehzucht obliegt — und weil sie somit auch die großen Mengen Getreide auf den Markt bringen. Die Statistik gibt uns ziemlich genaue Aufschlüsse darüber, in welchem Maße die einzelnen Betriebsgrößenklassen am Getreideverkauf beteiligt sind. Nach der Betriebsgröße von 1907 bebauten in Deutschland mit Brotgetreide:

Table showing the number of farms and their size (in Hektar) for different categories of agricultural operations.

Im Durchschnitt der fünf Jahre 1905 bis 1909 lieferte 1 Hektar 17,5 Doppelzentner Brotgetreide. Nach diesen Maßstab entspräche durchschnittlich auf je einen der oben aufgeführten Betriebe eine Ernte an Brotgetreide

Table showing the number of farms and their size (in Hektar) for different categories of agricultural operations.

Setzt man nun bei einer fünfköpfigen Familie einen Getreidekonsum von 9 Doppelzentnern im Jahre zugrunde, was wiederum dem Durchschnitt entspricht, so ergibt sich, daß die Inhaber der mehr als 2 1/2 Millionen kleinster Betriebe circa 4 mal so viel Brotgetreide brauchen, als sie selbst bauen können. Dabei dürfen sie aber noch kein einziges Korn verfüttern. Hat eine Familie, die über 2 bis 5 Hektar verfügt, ein oder mehrere Stück Vieh zu füttern, so wird sie mit ihrem durchschnittlichen Erzeugnis von 14,5 Doppelzentnern kaum auskommen, zumal wenn sie noch fremde Arbeitskräfte braucht. Es wird sogar sehr viele Betriebe in der Gruppe von 5 bis 20 Hektar geben, die für das benötigte fremde Personal, für die Viehfütterung und Ausaat so viel Getreide brauchen, daß sie nichts mehr auf den Markt bringen können.

So bleiben als Grundbesitzer, die wirklich Nutzen von den Getreidezöllen haben, und zwar sehr erheblichen, die mit mehr als 20 Hektar übrige, diese aber verfügen nicht einmal über 6 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe. Nur ein verschwindend kleiner Teil aller landwirtschaftlichen Betriebsinhaber streicht also die Millionen um ein, die die brotlaufende Bevölkerung zahlen muß. Das Einfuhrschuttsystem, unter dem die Junter dafür prämiert werden, daß sie den deutschen Markt von Getreide entblößen, sorgt zum Überfluß dafür, daß der Zoll bis zum letzten Pfennig im Inlandspreis zum Ausdruck kommt.

Genau so wie die Getreidezölle nur einem winzigen Bruchteil der Bevölkerung, dem wohlhabendsten und reichsten, Nutzen bringen auf Kosten der Armen und Armenen, so ist's auch mit den Fleisch- und Viehzöllen. Die Fleischnahrung ist unentbehrlich für das Volk. Solange nun die deutsche Landwirtschaft nicht imstande ist, die Bevölkerung ausreichend mit Fleisch zu versorgen, darf die Zufuhr vom Ausland, die durch den weiten Transport an sich schon verteuert wird, nicht noch mit Zöllen erschwert werden. Diese Erschwerung wird aber noch weiter hemmt durch die Grenzsperrn, die angeblich zum seuchenpolizeilichen Schutz verhängt werden, in Wirklichkeit aber auch nur die Preissteigerung zum Zweck haben. Kein vernünftiger Mensch will, daß der deutsche Viehstand der Seuchengefahr ausgegessen werden soll. Aber die Grenzsperrn sind keine Schutzwehre gegen Seuchenverbreitung. Die wirklichen Seuchenherde abzusperren ist berechtigt, vor den Grenzsperrn aber haben die Krankheitskeime keinen Respekt. An der Bekämpfung der Seuchen ist das Ausland im Hinblick auf den Wert seines Viehstandes ebenso lebhaft interessiert wie das Inland. Wenn man über das kranke Vieh diesseits und jenseits der Grenzen Sperren verhängt, so ist das verständlich, wenn man aber dem gesunden Vieh den Weg über die Grenzen versperrt, so geschieht das nur im Profitinteresse der Agrarier.

Vom Standpunkt der breiten Masse der konsumierenden Bevölkerung aus muß daher die Hochschuttsystempolitik und das Grenzsperrwesen entschieden bekämpft werden. Nicht aus „Feindschaft gegen die Landwirtschaft“, wie die Waslagenten der Agrarpartei behaupten, denn die Bekämpfung der Landwirtschaft wäre ein Zerknirschungsakt. Die Landwirtschaft, die dem stetig sich vermehrenden Volke die Nahrungsmittel liefern soll, bedarf der Pflege, aber nicht einer Pflege, die den im Überfluß Schwimmenden weitere Millionen zumhängt, sondern einer Pflege, die die Kostlage und Leistungsfähigkeit der Kleinen hebt. Dazu gehört die Überführung des Großgrundbesitzes in Gemeineigentum, Gründung und Förderung von staatlichen Musteranstalten und Landwirtschaftsschulen, Entlastung des Kleinbauern von dem ungerechten Druck der Lebensmittelsteuern und Zölle, Verminderung der Pflichtenlasten und größere Aufwendungen für Wegebauten, Förderung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens u. s. w.

Genau kommt noch der sehr wichtige Gesichtspunkt, daß das bestehende Hochschuttsystem die Handelsbeziehungen Deutschlands zum Ausland ungemein verkompliziert. In dem Maße, in dem Deutschland die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten durch hohe Zölle erschwert, bereiten die Länder, denen dadurch Schäden zugefügt wird, der Einfuhr deutscher Industrieprodukte bei ihnen Schwierigkeiten. Seit dem Inkrafttreten des Zolltarifs vom Jahre 1902 haben fast alle die Staaten, mit denen wir im Warenverkehr stehen, die Zölle auf deutsche Industrieprodukte erheblich erhöht. Die Wirkung ist eine so starke, daß die Handelskammerberichte immer wieder in Klagen ausbrechen über die Erschwerung des Absatzes unserer Industrie im Ausland. Besonders leiden darunter sehr viele Zweige der Metallindustrie. Nicht selten errichten deutsche Großunternehmungen, um den Zoll zu umgehen, in den Ländern mit hohen Industriezöllen eigene Filialen. Dadurch entgeht der deutschen Arbeiterchaft Arbeitsgelegenheit und Verdienst, wie überhaupt die Arbeiterchaft ganz allgemein unter dem Hochschuttsystem die schwersten Opfer zu tragen hat.

Im nächsten Reichstag werden eine Reihe sehr wichtiger Handelsverträge zu erneuern sein. Sollen sie in günstiger Weise erneuert werden, so müssen vor allem die Minimalsätze des Warenzolltarifs, den die gesamte Reichstagsmehrheit in der Adventnacht 1902 mit Gewalt durchsetzte, aufgehoben werden. Das fordert auch der programmatische Wahlauftrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in folgendem Abschnitt:

„Herabsetzung und schließliche Beseitigung der indirekten Steuern und Aufhebung der Lebensmittelzölle. Beseitigung der Zölle auf Futtermittel. Aufhebung der Einfuhrzölle. Begründung der Kontrolle bei Einfuhr von Vieh, Geflügel und Fleisch auf die unzugänglichst notwendigen sanitären Maßregeln. Entsprechenden Abbau der Industriezölle, welche die Sympathie- und Künstlingsbegünstigung und daher jährliche deutsche Industrieprodukte billig dem Ausland zu liefern und sie dem inländischen Verbraucher um so teurer zu verkaufen.“

Diese Forderungen liegen im Interesse der gesamten deutschen Arbeiterchaft, und darum gilt's, mit allem Hochdruck für ihre Erfüllung einzutreten.

Die Tarifverträge im Jahre 1910.

Die arbeitspolitische Abteilung des Reichsanwalts für Statistik hat jüngst einen 212 Seiten starken Jahresbericht herausgegeben, der eine sehr interessante Darstellung der Tarifentwicklung und des Standes der Tarifverträge im Jahre 1910 liefert und die sehr wertvollen Fortschritte des Gedankens der vertraglichen Regelung der Arbeitsverhältnisse in Gewerbe, Industrie u. a. m. enthält.

Die neue Darstellung der Tarifverträge kennzeichnet wieder wie in früheren Jahren in der Hauptsache auf den Angaben der Arbeiter, die über 4666 Tarifverträge, die im Jahre 1910 in Kraft traten,

berichtet haben; von Unternehmerseite ist nur für 547 Tarifverträge Material eingegangen. Ja, wenn es sich um Schlichtungsarbeiten gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, gegen die Fortführung und für die Verschlechterung der sozialpolitischen Gesetzgebung handelt, dann entfallen auch die Unternehmerorganisationen reges Leben und Treiben und ihre Sekretäre sind eifrig an der Arbeit, wie das Buerlein in Konstanz, auch überreits Holz zum Scheiterhaufen herbeizuschleppen, auf dem die Arbeiterrechte verbrannt und veratmet werden sollen.

Dabei war das Material von Unternehmerseite erst noch „vielfach lückenhaft“, wie ausdrücklich in dem Bericht konstatiert wird. Häufig wurden Zählblätter für Tarife der Vorjahre eingesandt, manchmal beschränkte man sich auf die Einsendung der Tarifverträge, ohne daß die Zählblätter ausgefüllt wurden. Für das Jahr 1908 hatten die Arbeiter über 2252, für 1909 über 2360 Tarifverträge berichtet; die Unternehmer 1908 aber nur über 343 und 1909 über 234. Wie in den Vorjahren mußte also auch für 1910 die Statistik im wesentlichen auf den Einsendungen der Gewerkschaften aufgebaut werden.

Von den Unternehmern und Unternehmerorganisationen der Metall- und Maschinenindustrie berichteten 1 Firma (Metallgießerei und Armaturenfabrik mit 26 Personen); der Verband Metall- und Maschinenbauern und verwandten Gewerbe (1 Vertrag für 45 Betriebe mit 1200 Personen); Arbeitgeber (1 Vertrag für 11 Firmen); Vereinigung selbständiger Klempner, Installateure und Kupferschmiede in Dortmund (1 Vertrag für 37 Betriebe im Jahre 1910 neu geschaffen); 1 Firma; Verband Deutscher Zentralfeldungsindustrie in Hamburg (1 Vertrag für 14 Betriebe mit 600 Personen); Kupferschmiede und Kreislagerung in Leipzig (1 Vertrag für 13 Betriebe); Klempnerinnung in Lübeck (1 Vertrag für 36 Betriebe mit 102 Personen); 1 Maschinen- und Röhrenfabrik mit 190 Personen; 1 Maschinenfabrik mit 160 Personen; Arbeitgeberverband Rathenow (2 Verträge für 58 Betriebe mit 720 Personen); 2 Firmen (1 Vertrag für 2 Betriebe) und endlich der Tafel- und Messerfabrikanten-Verband in Solingen (4 Verträge für 1400 Personen). Die Gesamtübersicht bietet folgendes Bild:

Large table showing the number of tariff contracts by industry group (e.g., Landwirtschaft, Bergbau, Metall- und Maschinenindustrie) for January 1, 1910 and December 31, 1910, including counts of firms, establishments, and persons.

Diese statistische Übersicht ist nach einer Bemerkung im Bericht insofern nicht vollständig, als von mehreren Verbänden die Zahl der Betriebe nicht angegeben wurde; ebenso fehlt mehrfach die Zahl der vom Tarifvertrag überhaupt erfaßten Personen, an deren Stelle die Zahl der Organisierten eingestellt ist. In einigen Fällen fehlt sowohl die Zahl der Personen überhaupt, als auch die Zahl der Organisierten. Von diesen immerhin bemerkbaren Mängeln abgesehen, zeigt die vergleichende Statistik, daß im Berichtsjahr der Tarifgebende eine erfreuliche Weiterentwicklung erfahren hat und nun bald 1 1/2 Millionen Arbeiter unter dem Tarifvertrag arbeiten werden.

Im Jahre 1910 wurden 3240 Verträge für 84 921 Betriebe und 642 674 Personen erließet und 4866 Verträge für 112 846 Betriebe mit 879 989 Personen neu abgeschlossen, so daß sich ein Gewinn von 1626 Verträgen, 27 925 Betrieben und 237 315 Personen ergibt.

In welchem Umfang das Anwendungsgebiet der Tarifverträge in den letzten vier Jahren an Ausdehnung genommen hat, zeigt folgender Vergleich:

Table comparing the number of tariff contracts, establishments, and persons in 1907, 1908, 1909, and 1910.

Es bringt also jedes Jahr weitere Fortschritte und immer weitere Kreise von Unternehmungen aller Art werden in das weitverzweigte Netz der Tarifverträge einbezogen. Der Zuwachs im Jahre 1910 betrug 1526 Tarifverträge, 34 942 Betriebe und 221 112 Personen. Die in der vorstehenden kleinen Tabelle angegebenen Zahlen für 1909 bedürfen sich nicht ganz mit den für das gleiche Jahr in der ersten Tabelle enthaltenen Angaben, da nachträglich ergänzende Zahlen noch hinzugekommen waren und nun berücksichtigt wurden.

Sie der Vergleich der Angaben aus den beiden Jahren in der ersten Tabelle zeigt, ist auch in der Metall- und Maschinenindustrie der Geltungsbereich der Tarifverträge nicht unerheblich erweitert worden. Es stieg die Zahl der Verträge um 196, der Betriebe um 638 und der Arbeiter um 23 727. Wie der Hauptanteil dieses Zuwachses auf unsern Verband entfällt, so auch an dem Bestand der Tarifverträge überhaupt. Auf die sieben Verbände in der Statistik verteilen sich die gesamten Tarifverträge so:

Table showing the distribution of tariff contracts among various unions (e.g., Deutscher Metallarbeiter-Verb., Kupferschmiede, etc.) as of January 1, 1910 and December 31, 1910.

Der Anteil unseres Verbandes an dem Bestand der Tarifverträge überwiegt also den Gesamtanteil der übrigen sechs Verbände zusammen ganz bedeutend, und daraus ergibt sich auch seine überwiegende Stellung in der gesamten deutschen Metallarbeiterbewegung.

Der gesamte Zuwachs von 22000 Personen, den das Jahr 1910 in den Geltungsbereich des Tarifvertrages brachte, entfällt bis auf einen Rest von 2000 auf unsern Verband...

Von den Verträgen unseres Verbandes liefen 127 für 3744 Betriebe mit 95 172 Personen ab. Neu in Kraft getreten sind 234 Verträge für 4781 Betriebe mit 38 153 Personen und von 260 Verträgen ist unser Verband als Partei der Arbeiter allein beteiligt...

Auf friedlichem Wege abgeschlossen wurden von unserm Verband 215 (von den anderen Verbänden 74) Verträge für 3931 (1978) Betriebe mit 27 485 (15 468) Personen, wovon 22 049 (1865) organisiert waren.

Rehren wir noch einmal zur ersten Tabelle zurück, so zeigt sich, daß die Baugewerbe mit den meisten Verträgen und Personen an der Spitze aller Gewerbegruppen stehen.

Industrie und Proletariat in Rußland.

Von W. Maisky. (Nachdruck verboten.)

4. Das Proletariat während der Revolution.

Abgesehen von der französischen Kommune 1871, war die russische Revolution die erste, deren wichtigste und mächtigste Triebkraft das Proletariat bildete.

Die erste Anwendung dieser äußersten proletarischen Waffe fand ganz spontan und elementar statt. Der Gang der Ereignisse ist ja schon gut bekannt. Der russisch-japanische Krieg, der die tiefen Wunden des absolutistischen Systems klar und deutlich an den Tag legte...

rende Bedeutung. Sie rüttelte das ganze Proletariat auf und verfehlte der herrschenden Staatsordnung den ersten mächtigen Schlag.

Die Entwicklung der Dinge ging aber unaufhaltsam vorwärts. Jetzt begann in Rußland eine wahre Streikepidemie.

Zugleich entwickelte sich die Sozialdemokratie glänzend. Ihre Organisationen schufen wie die Pilze aus dem Boden empor und erstarkten sehr rasch, ihr Ansehen, ihr Einfluß auf die breiten Massen der Bevölkerung nahm von Tag zu Tag zu.

Nun kamen die berühmten Oktobertage. Im Gegensatz zur Januarbewegung wurde der Oktobergeneralstreik verhältnismäßig gut vorbereitet und er bildete eine geschlossene, einheitliche Aktion im ganzen Lande.

Das Volk, und in erster Linie das Proletariat, trug den Sieg davon, aber es war kein völliger, kein entscheidender Sieg, es war ein teilweiser Sieg, ein Halbtrag.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die politische Situation in den Oktober- und Novembertagen 1905 für die Demokratie sehr günstig war.

Aber das ungeheilte Proletariat und die wenig in der Politik erfahrenen sozialistischen Parteien (Sozialdemokratie und Sozialrevolutionäre) verstanden den Ermattungsakt zu gut wie gar nicht.

Das Resultat aller dieser Ereignisse ist ja bekannt. Am 8. (21.) Dezember begann in Moskau ein bewaffneter Aufstand, dem unmittelbar die Proklamation des neuen, innerhalb eines Jahres dritten Generalstreiks folgte.

Städten gelang es den Revolutionären sogar, die Regierungsbehörden fortzujagen und demokratische Republiken zu proklamieren.

Im Anschluß an die Schließung der Ereignisse von 1905 wird es vielleicht nicht ohne Interesse sein, einige Angaben zu machen, die der Energie, die vom Proletariat in diesem Jahre an den Tag gelegt wurde, einen zahlenmäßigen Ausdruck verleihen.

Anfangs 1906 begann ein allmählicher Rückzug der Revolution, aber die Reaktion war ihres Sieges noch nicht ganz sicher und wagte noch nicht, alle Errungenschaften des Jahres 1905 wieder zunichte zu machen.

In der Tat ist über die politische Tätigkeit des Proletariats in den Jahren 1906/07 nicht viel zu sagen. Unter dem Einfluß der sozialistischen Parteien, die immer noch an einen bewaffneten Volksaufstand dachten, hohlozierte es die Wahlen zur ersten Reichsduma und legte für deren Arbeit verhältnismäßig wenig Interesse an den Tag.

Dies glücklicher als in der Politik war das Proletariat auf dem Gebiet des ökonomischen Kampfes.

Die mächtige Streikbewegung war fast ausschließlich wirtschaftlicher Natur, und sie brachte der Arbeiterschaft sehr große und wichtige Errungenschaften.

Die stärksten Organisationen waren die der Buchdrucker, die 43 Prozent sämtlicher Berufscollegen berechneten und alle Vorbereitungen zur Gründung eines Zentralverbandes trafen.

Gleichzeitig mit den Gewerkschaften entstanden auch die Arbeiterkonsumvereine, die in Petersburg, Moskau, Wladiwostok und einigen anderen Städten einen bedeutenden Aufschwung genommen hatten.

Über dieses Ausblühen der ökonomischen Arbeiterbewegung dauerte nur bis Mitte 1907. Der endgültige Sieg der Reaktion, die schweren Regierungsverfolgungen, die Krise und die immer wachsende Ermüdung und Unpathe des Proletariats bedingten seit Ende 1907 einen großen Rückgang und später einen unaufhaltsamen Zerfall auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft.

Die Revolution war zu Ende, es kam die Gegenrevolution zur Herrschaft.

* Der sozialdemokratische Parteitag, der im April 1906 stattfand, hat den Wahlbeschluss aufgehoben, so daß die Sozialdemokratie sich an den Wahlen im Kaukasus, die etwas später stattfanden, nicht beteiligen konnte.

Rechtarbeit überhaupt, als Arbeit über das Maß der gegebenen Bedürfnisse hinaus, muß immer bleiben.

Das Reich der Freiheit beginnt erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zwangsmöglichkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 24. Dezember der 52. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. Dezember 1911 fällig ist.

Besüglich der im Jahre 1911 zu Ende gehenden Mitgliedsbücher eruchen wir, die Bestellungen so zeitig vorzunehmen, daß die Entsendung der betreffenden Nummern in die Mitgliedsbüchereien keinen Aufschub erleidet. Zur Bestellung der auszufertigenden zweiten und dritten Bücher bedarf es der Angabe der Hauptnummer, des Vornamens und Nachnamens, des Berufs, des Geburtsortes und -tages sowie des Tages des Eintrittes des Buchinhabers.

Die Bestellungen können nur erledigt werden, wenn für jedes zweite oder dritte Buch ein Beitrittsschein, genau und deutlich ausgefüllt, eingeklebt wird. Die befallenen Bücher werden alsdann mit der Hauptnummer versehen den Verwaltungsstellen zum Zwecke der Ausstellung zugestellt.

Bestellungen auf eine Anzahl Bücher mit dem Bemerken, daß die Hauptnummern am Orte eingeklebt und uns später die Beitrittsscheine zugesandt werden, können nicht erledigt werden.

Die Eintragung der Unterstützungsbezüge, auf die besondere Sorgfalt zu verwenden ist, hat in der Weise zu geschehen, daß die Beträge bis zum 14. August 1910 summarisch, die einzelnen Unterstützungsarten jedoch getrennt aufzuführen sind. Vom 15. August 1910 an sind die Bezüge einzeln unter genauer Angabe der Bezugszeit und des Auszahlungsbetrages einzutragen. Geschieht das nicht, dann läßt sich nicht zurückrechnen, ob und wann das Mitglied beim Bezug weiterer Unterstützung ausgerechnet ist.

Die Zahl der geklebten Beitragsscheine (bei Arbeitslosigkeit, Krankheit) und sonstiger Beitragsbefreiung (bei militärischer Dienstleistung, Aufenthalt im Ausland) ist genau zu notieren und an der hierfür vorgesehenen Stelle auf Seite 2 der neuen Mitgliedsbücher zu vermerken. Sind beitragsfreie Zeiten innerhalb der letzten 72 Wochen, also vom 14. August 1910 an geklebt, so ist auch die Zeit anzugeben, in der sie geklebt wurden, zum Beispiel von der ... bis zur ... Woche 19 ...

Die abgelieferten ausgebrauchten Mitgliedsbücher dürfen, um Mißbrauch zu verhüten, an die betreffenden Mitglieder nicht wieder ausgehändigt werden. Sie sind vielmehr bis nach erfolgter Ausfertigung aller in der Verwaltungsstelle benötigten zweiten und dritten Bücher aufzubewahren, alsdann der Gesamtverwaltungsstelle zur Kontrolle vorzulegen und unter Anwesenheit der Verwaltungsmittglieder zu vernichten. Zur Erleichterung der Kontrolle hat der mit der Ausstellung der zweiten und dritten Bücher von der Ortsverwaltung Beauftragte eine genaue Liste über die ausgegebenen Bücher zu führen und die Personalien der Inhaber in dieselbe einzutragen. Die Liste ist zum Zwecke eventueller Nachprüfung am Orte aufzubewahren.

Zur Erleichterung der Feststellung der Buchnummern, die mit Ablauf dieses Jahres zu erlösen sind, empfiehlt es sich, wenn sich die Ortsverwaltungen alle mit Jahresabschluss 1911 ablaufenden Mitgliedsbücher aus ihrer Mitgliederliste sofort auszuweisen und die Eigentümer der betreffenden Buchnummern auffordern, ihr Mitgliedsbuch bei der Ortsverwaltung zur Einschickung vorzulegen.

Die Ortsverwaltungen werden darauf aufmerksam gemacht, daß zu den regelmäßigen Versammlungsterminen im Verbandsorgan immer nur die vom Vorstand gelieferten Formulare zu benutzen sind. Die Formulare sind nach den aufgedruckten Anweisungen auszufüllen. Geschieht dies nicht, so kann die Redaktion nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn die Anzeigen nicht nach den Wünschen der Auftraggeber ausfallen.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 6 des Verbandsstatuts gefordert:

Der Verwaltungsstelle Reichsbanner 5 z pro Woche vom 1. Januar 1912 an; sowie im ersten Quartal 1912 drei Extrabeiträge à 30 z;

der Verwaltungsstelle Köstlin 5 z pro Woche vom 1. Jan. 1912 an.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung katartischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:
 - Der Former Frz. Gieske, geb. am 18. Juli 1876 zu Sandberg, Buch-Nr. 1.206400, wegen Unterjährlangung von Verbandsgebühren;
 - der Dreher Bruno Koch, geb. am 6. August 1883 zu Spandau, Buch-Nr. 1.625372, wegen Streikbruch;
 - der Werkzeugmacher Herm. Dräbert, geb. am 3. Jan. 1883 zu Gröden, Buch-Nr. 1.346231, wegen Streikbruch;
 - der Dreher Ernst Kühn, geb. am 2. Juli 1882 zu Halberstadt, Buch-Nr. 632740, wegen Unterjährlangung.

Für nicht wiederannahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:

- Der Klemper Georg Palm, geb. am 5. Aug. 1883 zu ? Buch-Nr. 1.217059, wegen Tarifbruch.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschlusssprechung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Halle:

Der Dampfbesch Herrm. Reueendorf, geb. am 18. April 1885 zu Burg, Buch-Nr. 1.282323, wegen Unterjährlangung von Verbandsgebühren.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Meißen:

Der Former Franz Bredschmar, geb. am 20. September 1890 zu Zentrumburg, Buch-Nr. 1.321911 oder Lit. A. 321911; der Former Max Heidel, geb. am 2. Juli 1883 zu Rengersdorf, Buch-Nr. 1.325442 oder Lit. A. 325442;

Alle für den Verbandsorgan bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands, Statutstr. 16a zu adressieren. Geldsendungen übersetzt nur an es Theodor Berner, Statutstr. 16a; auf dem Postfach Nr. 10 genau zu bezeichnen, wofür das Geld vermerkt ist.

Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

- von Schmern, Gießereiarbeitern und Keramachern nach Annen (Firma F. Krupp, A.-G.) D.; nach Viehrich (Fa. Rheinbütte) D.; nach Gehrmig (Dietrich & Höpfer) D.; nach Groteling, Plektenberg (Firma R. Berg) D.; nach Göttingen (Firma Schmidt & Co.) D.; nach Schaffhausen (Eisen- und Stahlwerke A.-G.) D.;
- von Gold- und Silberarbeitern, Presse-, Eisenren und Hiltarbeitern nach Budapest (Eisenwaren. A.-G. vorm. Jörgas & Rohut) D.; nach Pforzheim;
- von Graveuren nach Dresden (Firma Richard Krautwald) D.;
- von Heizungsmonteur nach Hamburg (Fa. Roth & Breßmer); nach Jerlona (Fa. M. Pfänder) W.;
- von Kesselschmiedern und Hiltarbeitern nach Grimmitzschau (Firma R. Guttke) St.;
- von Klempnern aller Art und Installateuren nach Frankenthal, St.; nach Böhmig i. Ergg. (Enaillierwerk) D.;
- von Mechanikern nach Kempten (Firma Gg. Kefel) St.; nach Sontheim bei Heilbronn (Metall-Camerawerke) A.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Wärlen-Eberfeld; nach Eberfeld, L.; nach Frankfurt a. M. (Firma Günther & Kleinmond) St.; nach Freiberg i. Sa. (Firma Neumann & Fischer) St.; nach Gevelsberg (Gruerfabrik Gebrüder Schürhoff); nach Hanau (Maschinen. u. Eisng. u. Reifeier Machf. Inhaber Gust. Hillinger) L.; nach Heilbronn (Metall-Camerawerke) D.; nach Herford i. W., Str.; nach Hildesheim (Fa. Jas. Wagner, Annahütte) D.; nach Krefeld (Maschinenfabr. Herm. Schwörer) St.; nach Lauingen bei Augsburg (Maschinen. Köbel & Böhm) D.; nach Meissen (Firma A. Fichtner & Co.) D.;
- nach Mendelsburg-Waldsdorf (Karlshütte) St.; nach Saalfeld (Opt. Anstalt, G. m. b. H.) D.; nach Selb i. Bayern St.;
- nach Zittau (Spiralfabrik Wag. Weber) St.;
- von Metallarbeitern und Klempnern nach Flemmigen bei Hartha (Firma Dähne & Co., Aluminiumwarenfabrik) St.;
- nach Lützenheid (Firma Waffe & Fischer); nach Schleitau bei Annaberg i. S. (Firma A. Hecker) D.;
- von Polierern nach Lützenheid (Firma Wilmann & Söhne); nach Flemmigen bei Hartha (Firma Dähne & Co.) St.;
- von Schleifern nach Hamm (Herdfabrik Kernmann) D.;
- von Schleifern und Reibzughopolierern nach Chemnitz (Firma G. D. Richter & Co.) St.;
- von Zeichnern nach Berlin.

(Die mit A und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L: Lohn- oder Tarifbewegung; A: Aussperrung; D: Differenzen; M: Maßregelung; W: Mißstände; R: Lohn- oder Worderbreitung u. s. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzuempfangen zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Former.

Erlangen. (Streik oder Aussperrung?) Die Arbeiter der Eisengießerei von G. Fischer haben wegen Verleumdung durch den Fabrikanten die Arbeit niedergelegt. Er hat sie Eitel genannt. Der Arbeiterausschuß verlangte die Zurücknahme dieser Verleumdung. Dessenweigerte sich der Unternehmer, er erklärte: „Nein, wenn Ihr von mir verlangt, daß ich diese Verleumdung zurücknehme, dann verlange ich, daß Ihr sofort aufhört!“ — Weiterer Bericht folgt. Zugang ist streng ferngehalten.

Königsberg i. Pr. Die Aussperrung in der Union wurde von der Diktation aufgehoben. Die Differenzpunkte sind fast alle zugunsten der Arbeiterschaft erledigt, der Meister Popel ist sofort entlassen worden. Am 11. Dezember wurde die Arbeit in allen Abteilungen des Betriebes wieder aufgenommen.

Mühlheim (Ruhr). Eine der bedeutendsten Branchen in der hiesigen Metallindustrie ist die der Gießerei. Sind doch von den 10 000 am hiesigen Orte beschäftigten Metallarbeitern allein 2000 Former und Gießereiarbeiter. Die Friedrich-Wilhelmshütte (Deutsch-Lugenerhütte Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft, Inhaber Stinnes) hat allein fünf Gießereien, die jeweils im Bau begriffen. Die Firma Thyllen beschäftigt ebenfalls ausschließlich der Metallgießerei mit 650 Former und Gießereiarbeiter. Neben diesen großen Firmen sind noch vier kleinere Gießereien hier. Auch in puncto Leistungsfähigkeit dürfte wohl kein Ort die hiesigen Gießereien überbügeln. Mit den modernsten Maschinen, die man bisher im Gießereibetrieb zur Anwendung gebracht hat, sind die Gießereien von Thyllen und Stinnes ausgerüstet. Wo nur eine technische Erneuerung eingeführt werden kann, die die Produktivität erhöht, wird sie gemacht. Dafür sorgen die Herren Stinnes und Thyllen. Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt hier 10 Stunden, natürlich auf dem Papier, denn Ueberstunden gehören hier zu den täglichen Erscheinungen, selbstverständlich ohne jeden prozentualen Zuschlag. Ja, 24 bis 36 Stunden ununterbrochene Arbeitszeit sind hier keine Seltenheiten. So wird aus uns der Gießerei V der Friedrich-Wilhelmshütte mitgeteilt, daß dort in einem halben Monat bis zu 20 Stunden gearbeitet werden. Geworheit wird durchweg in Arbeit. Die Moralisierung der einzelnen Stücke geschieht in einer Weise, die jeder gesunde Rechtsanwärtiger schon fürchtigt. Der Former erhält einen Fettel, auf dem der Preis verzeichnet ist. Kennzeichnet er, so heißt es einfach: mehr gibt es nicht. Nur in den seltensten Fällen gelangt es, etwas mehr zu bekommen. In der Regel werden die Former damit abgefertigt: „Arbeiten Sie um ruhig weiter, Sie sollen Ihr Geld schon bekommen.“ Haben Sie aber Geld zu wenig, so wird eine bestimmte Summe für Nebenarbeit gefordert, das Stück ist aber zu dem niedrigen Preise angefertigt worden. Natürlich läßt man sich bei einer großen Anzahl Arbeiter von diesen Missständen übersehen nicht lassen. Hier heißt es einfach: Dem Fimmel das nicht bogt, werden hat der Fimmelmann das Loth gelassen. In der Gießerei I der Friedrich-Wilhelmshütte erziehen die Arbeiter überhaupt nicht, was sie für die einzelnen Stücke bekommen. Meister Hagen hat hier die Former in Massen eingeleitet. Die, die große Arbeit machen und die gut schmarotzen können, erhalten 70 bis 72 z, die übrigen entsprechend weniger, bis herunter zu 35 z. Ein besonderer Spezialartikel der Friedrich-Wilhelmshütte ist die Herstellung von Reifen und Flauwenformen. In zwei Gießereien werden diese hergestellt. Diese beiden Gießereien sind, vom kapitalistischen Standpunkt aus betrachtet, in technischer Hinsicht geradezu mangelhaft eingerichtet. Manche Hauptstücke können, wenn ihnen Gelegenheit geboten würde, diese Einrichtungen in Augenchein zu nehmen. Es lohnt sich deshalb, hier einiges darüber zu sagen. Die Gießereien haben zwei Standwerke. Auf dem Boden des unteren Stockwerkes haben auf einem Rame made Eisenplatte (genannt Krommel), die durch die Rede geführt sind und oben ungefähr einen Meter herausragen. Auf jeder Krommel ist ein elektrischer Antrieb angebracht, der das Rotieren der Krommel bestorgt. An dieser Krommel können nun mittels horizontal 24 vertikale Formlöffel, die mittels Seilen zusammengeschnitten werden. Unter dem Formlöffel wird mittels einer Schraube ein Ring befestigt, dessen

Öffnung die letzte Wette des zu machenden Rohres ist. In dem oberen Stockwerk wird mittels eines elektrischen Franz das Modell von drei oder vier Meter Länge durch die Formlöffel nach unten in die Telleröffnung geführt und oben befestigt. Das Stampfen geschieht mit 4 1/2 Meter langen Runden, die unten eine flache Verdickung haben. Innerhalb zwei Minuten ist ein Rohr von 160 Millimeter lichter Wette fertig gefertigt. Die Trommel dreht sich und an Stelle des ersten Rohrens rückt der zweite heran u. s. w., bis der letzte fertig ist. Im unteren Stockwerk ist ein Arbeiter, der die Wette ansetzt und die Gasflamme anzündet, durch die die Form getrocknet wird. In diesem Tempo geht es den ganzen Tag über, kaum daß der Arbeiter Zeit haben, ihr Butterbrot zu essen. Des Mittags wird in aller Eile der Hutmännchen leer gemacht und dann geht es wieder los, bis das bestimmte Quantum geliefert ist. Sind die Arbeiter um 5 Uhr fertig, so ist Feierabend, ist das Quantum um 6 Uhr noch nicht geliefert, so wird eben länger gearbeitet, denn das Pentum muß unter allen Umständen geliefert werden. Interessant ist es, in welcher ungeheurer Weise die Steigerung der Produktion stattgefunden hat. In den Jahren 1900 bis 1905 wurden von der Tag- und Nachtschicht je 1 1/2 Fuß gemacht, das heißt: von jeder Schicht wurden 36 Rohre angefertigt. Die Arbeiter verdienten dabei 100 bis 120 z. halbmonatlich. Heute werden pro Schicht fünf bis sechs gemacht, das sind 120 Rohre. Der höchste Verdienst beträgt 7 z. bis herunter zu 4,50 z. pro Tag. Aber auch dieser Verdienst wird in sehr vielen Fällen nicht erreicht, weil aller Ausschuss, ganz gleich, ob den Former ein Verschulden trifft oder nicht, rückwärts losgezogen wird. Aus diesem Grunde haben schon wiederholt einzelne Parteien die Arbeit niedergelegt, geändert ist aber auf diesem Zustand nichts worden, weil die Firma ganz genau weiß, daß keine Organisation hinter den Arbeitern steht. Der Preis der Krommel eines einzelnen Rohres von 150 Millimeter lichter Wette beträgt einschließlich der Kerne 92 z. Die Kerne werden bei elektrischem Antrieb gedreht und in derselben fieberhaften Geschwindigkeit hergestellt, wie die Rohre. Hat man so den Betrieb in technischer Hinsicht auf das vollkommenste eingerichtet, so sind in hygienischer Beziehung die Arbeitsverhältnisse äußerst traurig. Die Troden-gase sowie der Qualm, den die gegossenen Rohre verursachen, haben keinen anderen Abzug als in den Arbeitsraum. Es kann sich deshalb jeder ein Bild machen, welche Luftverhältnisse hier herrschen. Es kommt deshalb nicht selten vor, daß ein Arbeiter so schlapp wird, daß er von seinen Kollegen fortgetragen werden muß. Gerade die Friedrich-Wilhelmshütte wäre in der Lage, auf Grund der niedrigen Gießereikosten angemessene Löhne und gute hygienische Einrichtungen zu schaffen. Daß sie es nicht tut, liegt an der Interesslosigkeit der dort beschäftigten Arbeiter. Das zum Gießen notwendige Eisen wird zum Teil direkt vom Hochofen, zum Teil, nachdem es eine geraume Zeit in einem Mischer gewesen ist, genommen, nur selten wird der Kupolofen benötigt. (Der Mischer ist ein Ofen in der Form eines Martinofens, der mit Hochofengas unterhalten wird. Hier wird das flüssige Eisen nochmals gereinigt und mit Weich durchsetzt.) Während man früher die Hochofengase entweichen ließ, werden sie jetzt aufgefangen und zum Heizen der Trodenöfen, der Gießpfannen und zum Schmelzen in den Martinofenbläsen verwendet. Es ist nun leicht zu begreifen, daß nach dieser Methode eine ungeheure Ersparnis an Arbeitskräften und an totem Material erzielt wird. Alle Betriebskosten einer regulären Gießerei kommen also für die Gießereien der Friedrich-Wilhelmshütte nicht in Betracht. — Aber auch in allen übrigen Gießereien und sonstigen Werksstätten der Friedrich-Wilhelmshütte sind die sanitären Einrichtungen nicht besser. Einige Gießereien haben nur drei Wände, sei es, um den Transport zu erleichtern oder den Betrieb zu vergrößern. Die Arbeiter sind also der Witterung vollständig preisgegeben. Die Maßvorrichtungen sind äußerst mangelhaft und genügen bei der Zahl der dort beschäftigten Arbeiter nicht. Besonders trifft dies für die Hochofenarbeiter zu. Die Eimer, die tagsüber zum Mörkeltrogen benötigt werden, dienen des Abends zum Waschen. Das Wasser, das zu diesem Zweck benötigt wird, ist mitunter die reinste Saure, so daß sich die Arbeiter dafür eklein und in den meisten Fällen es vorziehen, ungeadem nach Hause zu gehen. Speiseräume sind nicht vorhanden; die Frauen und Kinder, die Mittagessen bringen, müssen solange beim Portier warten, bis die Arbeiter den Hutmännchen in Empfang nehmen. Die Bedürfnisanstalten sind ebenfalls mangelhaft und befinden sich in einem unansehnlichen Zustand. „Schutz der nationalen Arbeit“ wird in allen Tonarten von den Schmarotzern verlangt, den deutschen und den ausländischen Arbeitern aber Schutz für Leben und Gesundheit zu bieten, halten unsere modernen Industriekritiker nicht für nötig. Im Laufe des Sommers war hier im Kohlenrevier die Typhusepidemie ausgebrochen. Von den Beschäftigten wurden die Einwohner davor gewarnt, Wasser in ungekosteten Zustände zu benutzen. Derartige Warnungen müssen aber wirkungslos bleiben, wenn in den großen Werken die Einrichtungen derartig traurig bestellt sind. Es würde zu weit führen, wollten wir die Mißstände der Friedrich-Wilhelmshütte ausführlich schildern, nur das wollen wir noch sagen: ob es die Gießerei I oder eine sonstige Werkstätte ist, überall herrschen dieselben Verhältnisse. Solange die Arbeiter ihren indifferenten Standpunkt nicht aufgeben, ist auch keine Besserung zu erwarten, sondern die Verhältnisse verschlechtern sich immer mehr. Nicht viel besser sind die Arbeitsverhältnisse in der Gießerei Thyllen. Hier waren vor einigen Jahren die Gießereiarbeiter bis auf einen geringen Bruchteil organisiert. Durch allerlei Umstände haben sie der Organisation den Rücken gekehrt. Die ehemaligen Hauptstreiker hat man zu Meistern und Vorarbeitern befördert, andere hinausgeworfen, bis die Organisation bedeutungslos war. Die Firma hat diese Situation wieder ausgenutzt, ein Abzug folgte dem anderen, von einer regelrechten Mordart der einzelnen Stücke ist hier überhaupt keine Rede. Bekannt der Former ein Stück Arbeit, so heißt es einfach, so und so viel gibt es dafür, und damit ist die Sache erledigt. Beim Meister Bandmann (früheres äußerst radikalles Verbandsmitglied) ist dies die Regel. Dieser Mann scheint schon ganz vergessen zu haben, daß er einmal selbst gearbeitet hat. Alle diese Vorurteile und das Verhalten des Meisters Bandmann (der sogar an einer Arbeit, die mehrmals gemacht wird, den Preis für die letzten Stücke zu reduzieren versucht) haben die Arbeiter ziemlich erbittert. Die Former in diesem Betriebe und auch ein großer Teil der übrigen Arbeiter haben in letzter Zeit den Weg zur Organisation wieder gefunden. Bleiben sie ihr treu und sorgen dafür, daß auch die uns noch fernstehenden Kollegen gewonnen werden, so dürfte es mit der Selbstherrlichkeit der Meister ein Ende haben. Dem Ferberkolonne und Sinkemännchen können für diesen Betrieb, wo wohl die schwersten Stillschließungen angefertigt werden, nicht in Betracht kommen. — Die übrigen Gießereien haben mit der technischen Entwicklung nicht Schritt gehalten. Unter den denkbar primitivsten Verhältnissen wird dort gearbeitet. Um aber trotzdem einen ziemlich großen Profit herauszuholen, wird eben an den Löhnen der Arbeiter gespart. Wir möchten nun unsere auswärtigen Kollegen ersuchen, soweit sie noch im Besitze von ganzen Arbeitsstücken sind, den Betrieb still zu machen, denn neue könnten sie dort nicht verdienen. Mächtige Kräfte hätten sich in dieser Ruhe nicht, und so wird eben alles eingestellt, was kommt. Haben die Betreffenden dort einige Tage gearbeitet, so wird aufgehört, ohne daß sie einen Pfennig erhalten. Dem Schreiber dieses liegen drei Lohnzettel vor; danach hatte ein Former in 120 Stunden 38 z. ein anderer 33, ein dritter 31 z. verdient. Nach den Abzügen für Kostgeld und sonstigen Beträgen hätte ein Former einen Nettobetrag von 3,48 z. Neben diesen hohen Löhnen läßt auch die Behandlung zu wünschen übrig. Der Meister C h e i e ist Vorsitzender der hiesigen Ortsgruppe des Formermeistern-Bundes. Ein Former, der sich ein kleines Vergnügen hatte aus Schülern lassen lassen, wurde von diesem Meister entlassen. Selbstverständlich verlangte er nun auch sein Geld. Meister C h e i e antwortete: „Ja wohl, hier haben Sie es!“ und warf ihm eine Handvoll Pfeiffer ins Gesicht! Der Kollege mußte ärmliche Hilfe in Anspruch nehmen. Wahrscheinlich ist dies die neueste Erfahrung des Formermeister-Bundes zu dem Zweck, sich aufdringliche Arbeiter vom Hals zu halten. Es herrschen also hier noch Mißstände, wie man sie gewöhnlich nur in den dunkelsten Winkeln Deutschlands findet. Schuld daran ist, wie schon angeführt, die Interesslosigkeit

Zur Beachtung! + Zugang ist ferngehalten:

- von Buchdruckern nach Hamm (Firma Welfel Druckhofsdruckerei) St.; nach Bismar (Firma Weller) D.;
- von Buchdruckern nach Weßlingen (Fa. Kappel & Co.) D.;
- von Blechdruckern nach Heilbrunn (Fa. Heilbrunn) St.;
- von Kempten (Firma G. Kefel) St.;
- von Eisenarbeitern nach Waldsdorf (Firma R. Köbel & Söhne) St.;
- von Schlossern nach Braunschw. (Fa. Sievers & Söhne) St.;

der Arbeitervereinsarbeiterschaft. Anstatt sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen, findet man sie in allen möglichen Klümpchen...

Gravenre und Zisleure.

Kopenhagen. In der letzten Zeit sind viele deutsche Kollegen, fast ausschließlich Gravenre, aufs Geratewohl hierher gerufen...

Metallarbeiter.

Kaiserslautern. Wir berichteten in Nr. 49, daß bei der Firma Neumann (Eisen- und Blechfabrik) sämtliche Schleifer ausgeheuert wurden...

Stettin. In einer von „Christlichen“ Seite einberufenen Versammlung in Kloster-Dehse war es dann der Versammlungsleiter...

Stettin. Die Nr. 49 des Regulator enthält eine Notiz aus Stettin, geteilt mit G., jedenfalls vom Bezirksleiter Grothe...

Belbert. Spiegelberg, wir kennen dich! hat am Sonntag den 3. Dezember bei der Neuwahl der Frankfurter Arbeiter...

Samen Gegner nur bei Cümnen. Die Maschinenfabrik hatten eine Ueberrumpfung vor; man war auf jener Seite in dem Siegerstaume...

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Schneider. Der große Kampf in der Berliner Damenkonfektion ist am 13. Dezember abgebrochen worden...

Stuttgarter. Der Stuttgarter, das Organ des Verbandes der Stukkateure, Gipser, Pflasterer und verwandter Berufsgenossen...

Streik der Berliner Eisenkonstruktoren.

Der Kampf der Techniker bei den Berliner Eisenkonstruktoren, über den wir schon in den Nrn. 41 und 47 berichtet haben...

Aus den Unternehmerverbänden.

Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände. Das Hoheitsgebiet des Streikbrechers wurde in der am 9. Dezember abgehaltenen Delegiertenversammlung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände...

Arbeiterversicherung.

Unfälle bei Gefälligkeitsleistungen. Es kommt auch hier und da vor, daß Kollegen bei sogenannten Gefälligkeitsleistungen einen Unfall erleiden. Es entsteht dann die Frage: wer entschädigt den Unfall?

Ein Fuhrmann zu G. hatte am 30. Juni 1910 im Auftrag seines Unternehmers eine Fuhrer Kutsche in die Farbenwerke zu Höchst a. M. zu fahren. Auf dem Rückwege hat ihn ein Bekannter seines Wohnortes, für ihn einige Leere Kisten und Holzteile mitzunehmen.

Der Verletzte erhob Berufung zum Schiedsgericht und machte geltend, daß er einzig und allein einer Betriebsgefahr zum Opfer gefallen sei. Am Bahnübergang, den er unbedingt passieren mußte, sei die Barriere geschlossen gewesen, Arbeiter hätten mit ihren Schuppen gedrückt, Gefahr gemacht, der aufgestellte Abwehrkegel habe stark gerollt u. s. w.

Damit war dem Verletzten nachträglich nicht gedient und er verlangte in der Rechtschrift die Vernehmung weiterer Zeugen, nachdem er diese endlich ermittelt hatte. Das Rechtsverfahrensamt kam diesem Wunsch nach, und aus der Zeugenvernehmung ergab sich, daß die Angaben des Verletzten richtig waren.

Former Nachwuchs.

In der Beisitzung für das deutsche Eisenhüttenwesen (Nr. 48) richtete der Stiehrer Herr Josef Wegmann aus Siegburg (Rheinl.) an die übrigen Stiehrer ein Memorandum, das in dem Aufsatze: 'Sorgt für Nachwuchs von Formern'. Die Industrie habe einen gewaltigen Aufschwung genommen.

Die Formerei als ein wichtiger Teil der Eisenerzeugung ist nicht etwa dadurch, daß die Stiehrer in ihren Betrieben, die zum Teil noch einer modernen Halle gleichen, die notwendigen Einrichtungen treffen: Ventilation, Wassergewinnung, Feuergebläse u. s. w.

Es sehr wir es begrüßen würden, wenn die Stiehrer auch auf die übrigen Unternehmern bei der Schaffung einer solchen Entschädigung geachtet würde. Und wenn es irgend, als sei dies noch nicht da, so liegt das nur an uns, die wir nicht immer ein geübtes, kluges Auge für alle Seiten der Unternehmerrichtung haben.

Eine gelbe Verleumdung aufgedeckt.

In Essen ist der Hauptstamm der 'gelben Bewegung' des Ruhrgebietes. Die Kapitalistengruppe, Goldschmidt und Barmann, legen es sich ein Stück Gold legen, um diese Arbeiterorganisationen zu Gunsten gelegentlicher Streiks zu unterstützen. Sie haben eigene 'Eingeladene' angeheuert, die durch ihre Einseitigkeit und die freien Gesinnungen zu bekämpfen haben, um sie jenseits außerhalb der Arbeiterbewegung zu 'schleppen' zu lassen.

haben, für das ein Dr. Sperling verantwortlich zeichnet. Im allgemeinen wird den Wählern dieses Blattes wertig Beachtung geschenkt, da es noch dünner als zum Beispiel der gelbe Bund des Rebus redigiert wird.

Ein drakonisches Urteil.

Vor dem Landgericht Karlsruhe wurde am 6. Dezember die Berufungslage des Goldwarenfabrikanten Emil Kollmar in Pforzheim gegen den Geschäftsführer Gamann der Pforzheim Verwaltungstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und gegen den Redakteur Schübeler der Freien Presse in Pforzheim verhandelt.

Das Schöffengericht in Pforzheim hatte Gamann und Schübeler wegen der angeklagten in dem Zeitungsartikel enthaltenen Verleumdungen zu je 500 M. oder 8 Wochen Haft und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.

Beide Parteien haben gegen das Urteil des Schöffengerichts Pforzheim Berufung eingelegt, der angeklagte Herr Kollmar, weil Gamann in der Flugblattangelegenheit freigesprochen wurde und weil das Strafmaß für die Verleumdungen in dem Artikel zu niedrig sei.

Der Angeklagte Gamann hatte in der Schöffengerichtssitzung jede Aussage über den Verfasser des Flugblattes abgelehnt. Er hielt auch vor dem Landgericht diesen Standpunkt aufrecht.

Der Kläger verurteilte durch Vorlesung und Vernehmung der Zeugen der Pforzheimer Ortsverwaltung den Verfasser des Flugblattes zu finden; dieser Versuch wurde mißlingen, denn die Zeugen hatten mit dem Flugblatt in keiner Weise zu tun gehabt. Wer den Geschäftsbesitzer unserer Verwaltungsstellen kennt, wird das ohne weiteres begreifen, in den Kopf des klägerischen Anwalts wollte es nicht hinein; er glaubte aus den Zeugenaussagen auf eine Mißwirtschaft in der Pforzheimer Verwaltung schließen zu müssen.

Die Vernehmungsergebnisse ergab keine Anhaltspunkte über den Verfasser des Artikels, das Gericht hat jedoch aus Indizien der eigenen Konstellation, daß Gamann der Verfasser des Artikels und des Flugblattes sei. Er wurde wegen zweifacher Verleumdung zu 700 M. Geldstrafe verurteilt.

Die gegen beide Angeklagte verhängten Geldstrafen sind ungewöhnlich hoch. Weder in dem Artikel noch in dem Flugblatt sollte der Kläger beleidigt werden; in beiden Veröffentlichungen wollte die Verwaltungstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Pforzheim nur die unrichtigen Zustände kritisieren, die in Pforzheim nach der Auslieferung vorhanden waren und die zum größten Teil auf das Schuldwort des Herrn Kollmar gegliedert wurden.

Die gegen beide Angeklagte verhängten Geldstrafen sind ungewöhnlich hoch. Weder in dem Artikel noch in dem Flugblatt sollte der Kläger beleidigt werden; in beiden Veröffentlichungen wollte die Verwaltungstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Pforzheim nur die unrichtigen Zustände kritisieren, die in Pforzheim nach der Auslieferung vorhanden waren und die zum größten Teil auf das Schuldwort des Herrn Kollmar gegliedert wurden.

Die gegen beide Angeklagte verhängten Geldstrafen sind ungewöhnlich hoch. Weder in dem Artikel noch in dem Flugblatt sollte der Kläger beleidigt werden; in beiden Veröffentlichungen wollte die Verwaltungstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Pforzheim nur die unrichtigen Zustände kritisieren, die in Pforzheim nach der Auslieferung vorhanden waren und die zum größten Teil auf das Schuldwort des Herrn Kollmar gegliedert wurden.

Direktor Jacobs vor Gericht.

In den Rapporter Linnagen veröffentlichte der Direktor Jacobs der Kapazität Waggonfabrik am 9. Januar 1911 eine Erklärung über den Stand des damaligen Streiks in seiner Fabrik. Ein von den Gewerkschaften Rüdert (Deutscher Metallarbeiter-Verband) und Signum (Goldarbeiterverband) unterzeichnetes, an die Gewerkschaft von Rüdert und Unterverbandsgerichtes Flugblatt der Streikleitung machte sich schon deswegen, es wurde darin dem Direktor Jacobs unterworfen, daß seine Erklärung von Unrichtigkeiten und Unwahrheiten wimmle und die Leistungen auf den Kopf stellen.

Es wurde im Flugblatt weiterhin der schwere Vorwurf erhoben, daß Jacobs auch einen unzüchtigen Revers seiner Arbeiter zu Selten herabzuwürdigen versuche; daß es auch eine glatte Erfindung sei, wenn er behauptete, der Waggonfabrik sei verarmt worden, sie ziele zu hohe Löhne.

Direktor Jacobs fühlte sich beleidigt und strengte Klage an. Er fühlte sich auch beleidigt, weil ihm nachgelagt wurde, daß er verleumde, wenn er schreibe, wie ihn Arbeiter seiner Fabrik seien gegen den Streik gewesen und hätten sich nur durch den Druck der Aufwiegleier dazu bestimmen lassen. Die Behauptung Jacobs, daß in mehreren Nächten von außen in die Schlafräume der 'Gamburger' hineingeworfen worden wäre, wurde als eine schätliche und nichtwürdige Verächtlichmachung der Streikenden bezeichnet.

Die Verhandlung über die Beleidigungslage fand am Freitag den 1. Dezember 1911 vor dem Schöffengericht in Raftatt statt. Direktor Jacobs befand sich dabei in einer keineswegs beneidenswertem Lage. Obwohl er geschrieben hatte, daß seine Arbeiter auf 'einmal' infolge Verhekung von außen Fortbewegung aufgestellt hätten, mußte er selbst zugeben, daß er die Forderungen schon einmal vor zwei Jahren erhalten habe. Bezüglich des behaupteten unzüchtigen Reverses erklärte Direktor Jacobs zuerst, daß er den Arbeitern diesen nicht schriftlich vorgelegt hätte. Auf einbringliches Befragen des Gerichtsvorsitzenden mußte er aber zugeben, daß die Arbeiter den Revers unterschrieben hätten.

Das Gericht erklärte, daß eine weitere Beweiserhebung über den Revers nicht notwendig sei, weil dieser tatsächlich über die gesetzlichen Bestimmungen verstoße und daher unzüchtig sei. Der Revers hatte folgenden Wortlaut: 'Wir unterzeichneten Arbeiter erklären hiermit durch unsere Unterschrift bindend und wahrheitsgemäß, daß wir keine Organisation angehören und daß wir keine Unterstützung an ausgesperrte oder austretende Arbeiter zahlen oder zahlen werden. Wir sind und bemühen, daß wir die vollen Folgen im Falle etwaiger unrichtiger Angaben zu tragen haben.'

Das Gericht erklärte, daß der Satz des Flugblattes: 'Herr Jacobs wollte mit dem gegen die guten Sitten verstoßenden Revers seine Arbeiter zu Selten herabwürdigen', strafrechtlich bleiben müsse. Den schwersten Vorwurf also, der dem Privatkläger im Flugblatt und auch sonst gemacht wurde, hat das Gericht ohne weiteres für wahr erklärt!

Ein empfindlicher Niederlage hat wohl selten ein Unternehmer vor Gericht erlebt. Es ist jetzt gar nicht festgestellt, daß Herr Direktor Jacobs in Raftatt durch ungesekliche und wider die guten Sitten verstoßende Maßnahmen versucht hat, seine Arbeiter zu Selten herabzuwürdigen. Ja, er mußte vor Gericht zugeben, daß der Revers nicht etwa aus Berlin gekommen sei, sondern daß er von ihm verfaßt wurde.

Als Herr Jacobs befragt wurde, wer denn die 'vielen Seiten' waren, die ihm vorgeworfen hatten, er zahle zu hohe Löhne, da erklärte er zum allgemeinen Erstaunen: 'Seine Aktionen hätten in der Generalversammlung gesagt, viele Leute von Raftatt hätten ihnen das gesagt.'

Als Herr Jacobs später befragt wurde, wen er mit den Aufwieglern gemeint habe, da schweig er sich vollkommen aus. Interessant war die Verhandlung bei dem Punkt, wo es sich um das Schließen in die Fabrik gehandelt hat.

Der Oberamtsrichter Kerner gab die Erklärung ab, daß er bereits am 7. Januar 1911 selbst festgestellt, daß die Schüsse nicht von außen, sondern von innen erfolgt sind. Einige Zeit später wurde dies durch einen Karlsruher Schießfachverständigen bestätigt. Am 9. Januar schrieb Herr Jacobs: 'Aber auch hier (in der Fabrik) wurden die Arbeitswilligen benutzigt und angegriffen. In mehreren Nächten sind von außen Schüsse auf die Schlafräume der Arbeiter in der Fabrik gefallen.'

Das Gericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß Herr Jacobs diesen Satz 'in gutem Glauben' geschrieben hat. Erfreulich ist, daß endlich gerichtlich in der einwandfreiesten Weise festgestellt wurde, daß die Streikenden nicht geschossen haben. Güte Jacobs seinerzeit nicht seine für die Streikenden so ungeheuer schwer belästigenden Wendungen gebraucht, so wäre jedenfalls das Flugblatt nicht geschrieben worden.

Kollege Rüdert hatte gegen Direktor Jacobs Widerspruch wegen der beleidigenden Ausdrücke: Verhekung, Aufwieglern u. s. w. erhoben. In seinem ausgezeichneten Altdorfer Hof der Verteidiger Rechtsanwalt Marum (Karlsruhe) hervor, daß nicht die Streikenden, sondern die 'Gamburger' des Herrn Jacobs es waren, die in der Fabrik aus Langeweile Schießübungen veranstaltet haben. Er wies auch darauf hin, daß Herr Jacobs nicht die geringste Ursache gehabt hätte, den Klagegegner zu beschreiben, weil er ja selbst, und zwar zuerst, beleidigende Ausdrücke gebrauchte.

Das Gericht verurteilte die beiden Beklagten zu je 25 M. Geldstrafe. Direktor Jacobs wurde freigesprochen. Der Vorsitzende erklärte aber, daß Direktor Jacobs ebenfalls bestraft worden wäre, wenn genau festgestellt, wen er mit Aufwieglern u. s. w. gemeint habe. Anscheinend hat Jacobs mit Rücksicht auf die zu erwartende Bestrafung sich gehütet, die an ihn gerichteten diesbezüglichen Fragen zu beantworten.

In manchen Momenten des Prozesses konnte man sich des Eindruckes nicht erwehren, als hätten die Parteien die Rollen vertauscht. Der Prozeß bedeutet, weil er die Streikenden von schwerem Verdacht öffentlich reinigte und weil die schweren Beschuldigungen wegen des Reverses vollkommen erlösen werden konnten, für die Aufwieglern einen großen Erfolg. Daß in der Zeit, wo herüber und hinüber 'geschossen' wurde, nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt werden konnte, wird jedem einleuchtend sein. Das Gericht hat erfreulicherweise diesen Standpunkt ebenfalls erstanden. Ob Herr Jacobs, der Kläger, mit dem Ausgang des Prozesses zufrieden ist, möge dahingestellt bleiben. Wir vermögen das nicht ohne weiteres zu glauben.

Unternehmer-Terrorismus.

Das die Großindustriellen und die Grubenherren die größten Terroristen sind, braucht kaum noch bewiesen zu werden. Nicht nur die Arbeiterorganisationen werden von ihnen heftig beschuldigt, auch der Steigerverband, der seine Mitglieder lehrt, daß Arbeiter und Beante in letzten Grunde gemeinsame Interessen haben, ist der Scharfmacherei unbenommen, und den Grubenherren sind alle Mittel recht, den Steigerverband zu vernichten. Ganz besonders tun sich in der Maßregelung von Steigern die Verwaltungsorgane der Stinneschen Betrieben (Deutsch-Luxemburg) hervor. Auf irgend eine Weise haben die Verwaltungen Kenntnis davon erhalten, welche von den Steigern der Stinneschen Betrieben dem Steigerverband angehören. Die erste Maßregel war, daß den Steigern eine Ausrichtserklärung r-gelegt wurde, die sie unterschreiben mußten und die dann per Einschreibebrief der Leitung des Steigerverbandes eingeleitet wurde. Eine Weigerung wäre gleichbedeutend gewesen mit sofortiger Entlassung, und ein entlassener Steiger ist in ganz Deutschland verjagt. Aber mit der erzwungenen Austrittserklärung war es noch nicht genug. Die betreffenden Steiger erhielten nach einiger Zeit von der Direktion der Stinneschen Betrieben noch folgendes Schreiben: 'Herr Steiger ...'

Wie wir festgestellt haben, sind Sie bis vor kurzem Mitglied des Steigerverbandes gewesen, ungeleht Ihnen vom Betriebsführer schon vor längerer Zeit bekanntgegeben war, daß wir dies mit einem Verbleiben als Beamter in unseren Diensten für unvereinbar halten. Sie haben demnach unter Vertrauen ichwergetauscht und werden damit in den Monaten Oktober, November und Dezember keine Prämie und zu Weihnachten nur die halbe Gratifikation erhalten.

Die Direktion. R. Rupe. A. Nepper.

Die angebliche Belanntmachung des Betriebsführers ist, wie die Steiger behaupten, nicht erfolgt. Die erste Warnung war verbunden mit der erzwungenen Austrittserklärung. Der Schaden, den den Steigern durch Entziehung der Prämie aber zugefügt wird, beträgt etwa 300 M. Natürlich erfolgt daraus wieder Entbitterung und weitere Wirrnisse, selbst Entlassungen. Und das geschieht von

Leuten, die behaupten, gegen den Terrorismus der Arbeiter müssten Ausnahmegerichte geschichtet werden. Vielleicht wird es möglich sein, Herrn Direktor Knäuper vor dem ganzen Lande zur Verantwortung zu ziehen. Denn dieser Herr ist Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, er ist jüngst gewählt in die Kommission in der Erbschaft für den verstorbenen Abgeordneten Saarmann. Jedenfalls wird man den Knäuperischen Mas den Scharfmachern noch oft unter die Nase reiben können. Der andere, Direktor Knäpper, ist der weltberühmte Dessinfektionsmittelhersteller. Er war es, dessen Maßnahmen im Jahre 1904 zum Streik auf Bessemerwerke führten, der zum Signal wurde für den Meissenstreik im Januar 1905.

Die schärfsten Angestellten hätten es übrigens leicht, das Vertrauen ihrer Vorgesetzten wiederzugewinnen. Sie brauchen nur gelegentlich Streikbrecher zu werden. Dann wären sie keine Kerle!

Terrorismus auf einer Reichsfeier.

Bei einem Elternabend in Mitternachten, wo ein Lehrer einen Vortrag über Eltern und Lehrer beim Werk der Jugendberziehung hielt, ergreif in der nachfolgenden Diskussion auch der Genosse Behnke, der auf der kaiserlichen Werkstatt zu Wilhelmshaven beschäftigt ist, das Wort und präziserte die Stellung der Arbeiterschaft zur Schulfrage. An dem Abend nahm auffallenderweise auch der Leiter der Verhandlungen des Arbeiterausschusses der Werk, Gewerbetat Bolner, teil. Behnke erhielt darauf sofort folgendes Schreiben des Oberwerkleiters:

„Sie haben gegen die Bestimmungen der Arbeitsordnung dadurch verstoßen, daß Sie in Ihren Ausführungen zu dem am 8. d. Mts. von Herrn Hauptlehrer Stühnenberg gehaltenen Vortrag über Schule und Elternhaus auf die Rüstinger Lehrerschaft im Sinne sozialdemokratischer Bestrebungen einzuwirken versucht haben. Die Werkleitung ist Ihnen Ihre Arbeitsverhältnisse demgemäß mit vierzehntägiger Frist.“

Bekanntlich enthält die Arbeitsordnung der kaiserlichen Betriebe die famose Bestimmung, daß die dort beschäftigten Arbeiter nicht „sozialdemokratische Agitatoren“ sein sollen. Diese Bestimmung deutet schon seit 1897 und die betreffenden Arbeiter hüten sich wohlweislich, als sozialdemokratische Redner oder dergleichen öffentlich aufzutreten, und die übrige Weltung ihrer politischen Einstellung fällt nicht unter die erwähnte Bestimmung der Arbeitsordnung. Hat Herr Direktor Edermann nun vielleicht Lust, den Kautschukbegriff „sozialdemokratische Agitatoren“ etwas weiter auseinanderzuzerren? Den Dank der Scharfmacher würde er ja damit verdienen.

Ein sächsischer Vorstoß gegen das Koalitionsrecht.

Am 11. Dezember wurde in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages über den „Schutz der Arbeitswilligen“ verhandelt. Die Konservativen hatten nämlich gleich bei Beginn der Session einen Antrag eingebracht, wonach die Regierung im Bundesrat für eine Verschärfung der Strafbestimmungen gegen den „Terrorismus“ der Gewerkschaften eintreten sollte. Die Nationalliberalen brachten später eine Interpellation ein, die den gleichen Zweck verfolgte. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte nun den Spiel um und fragte die Regierung: „Was bedeutet die Staatsregierung zu tun, um die Ausübung des Koalitionsrechtes der Arbeiter in Sachsisch zu gewährleisten?“

Die Begründung des Antrages der Konservativen und der Interpellation der Nationalliberalen war recht schwach, denn ihr „Terrorismusteil“ beruhte zum Teil auf Angaben, die schon durch Gerichtsurteile als schwindelhaft festgestellt worden sind. Auf die Einzelheiten der Debatte können wir hier nicht eingehen. Wichtig ist aber, was der Minister des Innern, Graf Bismarck v. Edestadt, erklärt hat. Er sagte folgendes:

„Der wirtschaftliche Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat vielfach zu Ausschreitungen geführt, die darauf hinweisen, daß die vom Gesetz für solche Kämpfe getroffenen Vorkehrungen nicht genügen. . . . Wenn auch auf diesem von der Reichsregierung ergriffenen Gebiet ein selbständiges Vorgehen der sächsischen Regierung ausgeschlossen ist, so ist sie doch berechtigt, im Bundesrat für eine entsprechende Veränderung der einschlägigen Reichsgesetze einzutreten. Es wird zu prüfen sein, ob dies durch eine Sondergesetzgebung oder auf dem Boden des gemeinen Rechts durch Änderung der Gewerbeordnung und des betreffenden Gesetzbuches zu erreichen ist. Das Ministerium des Innern hat sich darüber mit anderen Ministerien ins Einvernehmen gesetzt und die Regierung ist zu der Überzeugung gelangt, daß auch die einschlägigen sächsischen Bestimmungen, insbesondere die das Vorgehen gegen die Willensfreiheit betreffen, der Handhabung bedürfen. Die Regierung wird dafür besorgt sein, durch Einführung der sächsischen Vertreter im Bundesrat auf die Dringlichkeit der Lösung dieser Frage hinzuwirken.“

Dringlich ist zunächst etwas anderes, nämlich mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß in den neuen Reichsgesetzen nur solche Abänderungen enthalten sind, die die Gewerbeordnungen, die die Herren in der sächsischen Regierung und andere reaktionäre Leute mit ihren Überzeugungen zur Anbelagerung der Arbeitererschaft ablichten. Der Landtag überwiegt den Antrag der Gesetzgebungsdeputation. Einmalig hat der Herr Minister ein gutes Agitationsmaterial geliefert und einer der sozialdemokratischen Redner konnte dann auch schon erklären, daß die wichtigsten Teile der Rede des Ministers in Form eines Ausschusses den Arbeitern bekanntgemacht werden sollten. Außerhalb Sachsisch wird man dieses Flugblatt ebenfalls gebrauchen können.

Mehr Schutz für Streikbrecher notwendig?

Die Ausschaltung der Metallarbeiter in Thüringen hat bereits mehrere gerichtliche Nachspiele gekostet. Es handelt sich meistens um Anklagen gegen ausgesperrte Metallarbeiter, die, durch das provokatorische Verhalten von Arbeitwilligen gereizt, sich zu unvorsichtigen Ausäußerungen oder Tätlichkeiten hinreißen ließen und dafür nun viele Monate hinter Gefängnismauern schmachten müssen. Vor der Erfurter Strafkammer hatten sich die Metallarbeiter Hermann Köhning, Wilhelm Demmer, Wilhelm Wächter, ferner der Schneider Hugo Schiffer zu verantworten, weil sie in der Nacht zum 10. September den Streikbrecheragenten August Büchel mißhandelt haben sollten. Büchel ist unter den Erfurter organisierten Metallarbeitern eine bekannte Persönlichkeit. Wenn er arbeitet, dann tut er es mit Vorliebe dort, wo gestreikt wird.

Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Als die vier Angeklagten, vom Restaurant „Drei Kaiser“ kommend, nach Hause gehen wollten, wurden sie auf der Straße von Büchel angehalten und auf seine Veranlassung von einem Polizeibeamten wegen angeblicher Beleidigung protokolliert. Als Büchel den Angeklagten sie sogar am Kopf festhielt und ihn trotz Aufforderung nicht losließ, erhielt er von diesem eine Ohrspeiche. Büchel behauptete vor Gericht, daß er dann hauptsächlich von E., Sch. und K. geschlagen worden sei. Er habe sich die Feindschaft der organisierten Metallarbeiter zugezogen, weil er im Auftrag der Firma S. A. Sohn während der Ausschaltung in verschiedenen Orten Thüringens Arbeitswillige angeworben habe. Zwei Schulleute, die bei dem Verfall zugegen waren, sagten als Zeugen aus, daß sie Büchel, um ihn zu schützen, angefordert hätten, mit zur Wache zu gehen; doch habe er sich trotz ihrer Warnung von ihnen entfernt und sei unter die sich aufammelnde Volksmenge getrieben. Er sei zwar geschlagen worden, doch die Wichtigkeit der eideschwörenden Aussagen Büchels, daß die Angeklagten die Täter seien, konnten die Beamten nicht bestreiten. Die Angaben der Angeklagten über das provokatorische Verhalten des Streikbrecheragenten wurden durch Zeugen bestätigt. Als Büchel nach dem Verfall von zwei Schulleuten nach Hause begleitet wurde, hat er seinen Hauswirt, den Restaurateur Gauß, ohne jede Ursache mit Tätlichkeiten bedroht und in grober Weise beleidigt. Der Gauß behauptete als Zeuge, daß er sich genötigt gesehen habe, dem Büchel die Wohnung zu kündigen, weil er von ihm schließlich des Meisnerts und der Steuerverhinderung bezichtigt worden sei. Auch habe Büchel für seine Familie nicht gesorgt. Als er einmal wegen

Verletzung eines Fingers nicht arbeiten konnte, habe er das Krankengeld, anstatt seine Familie zu unterstützen, für sich in Streifen verdrückt. Er habe oft morgens um 9 Uhr seine Wohnung verlassen und sei um 2 Uhr nachts wiedergekommen. Frau Büchel habe oft geklagt, daß sie die Armenverwaltung in Anspruch nehmen müsse. Obwohl die Aussagen Büchels sehr unklar waren, so daß selbst die Richter wiederholt ihre Verwirrung darüber ausdrückten, hielt doch der Staatsanwalt die Schuld der Angeklagten für erwiesen, denn, so meinte er, solange die Aussagen des Hauptbelastungszeugen Büchel nicht direkt widerlegt werden könnten, ist ihm Glauben beizumessen. Der Staatsanwalt beantragte gegen E. und Sch. je 4 Monate und gegen K. und W. je 14 Tage Gefängnis. Der Verteidiger wies zunächst darauf hin, daß die Aussagen Büchels schon deshalb mit Vorbehalt aufgenommen werden müßten, weil er ein erhebliches materielles Interesse an dem Ausgang der Klage habe, denn er verlange zugleich als Nebenkläger von den Angeklagten die Zahlung einer Geldbuße für entgangenen Arbeitsverdienst infolge der Verletzungen. Die Aussagen Büchels seien so gehalten, daß man nicht klar daraus werden könne. Die Mißhandlung sei nicht so schlimm gewesen, denn Büchel habe noch in derselben Nacht, anstatt sich zu Bett zu legen, seinen Hauswirt beschimpft und bedroht. Auch sei es auffallend, daß die zwei Schulleute, die bei dem Verfall zugegen waren, die Aussagen Büchels nicht bestritten. Wenn das Gericht, wie in früheren Verhandlungen, den Fall von dem Gesichtspunkt aus beurteile, daß Arbeitswillige beschützt werden müssen, so sei hier zu berücksichtigen, daß Büchel selbst der schuldige Teil sei, denn er sei aggressiv gegen die Aussperrten vorgegangen. Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwalts weit hinaus. Es erkannte gegen E. auf 10 Monate, gegen D. auf 9 Monate, gegen K. auf 6 Wochen und gegen W. auf 4 Wochen Gefängnis.

Und da schreien unsere Scharfmacher noch nach Ausnahmegerichten gegen die Arbeiter!

Zunahme der Verbrechen.

Nach dem soeben erschienenen Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches hat die Zahl der Verurteilten wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze etwas zugenommen. 1909 war die Zahl der Verurteilten etwas zurückgegangen. Es wurden damals 544 101 Personen verurteilt, 1910 dagegen 546 409, das einer Zunahme von 0,4 Prozent entspricht. Die Zahl der Verurteilten ist in den letzten zehn Jahren um 16,7 Prozent gestiegen, die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches dagegen nur um 15,2. Es sind vorwiegend die Vergehen gegen das Vermögen, die sich vermehrt haben. Man kann ja sagen, die Steigerung sei nur gering (vorläufig!), und damit mögen die Herren vom schwarzblassen Bloß sich trösten können. Man kann aber auch ferner sagen, daß es nicht zum mindesten der politischen und gewerkschaftlichen Stellung der Arbeiterklasse zu verdanken ist, daß die Zahl der Verbrechen nicht noch mehr answuch. Sicher hat die von den Arbeiterorganisationen systematisch verbreitete Aufklärung manchen Arbeiter vor der Verzeihung bewahrt und unüberlegte Handlungen gehemmt. Es ist aber nicht das erstemal, daß die Zahl der Verbrechen zunimmt. Das geschah auch schon früher, und zwar regelmäßig dann, wenn die Lebensmittelpreise stiegen. Die jetzige Erscheinung bestätigt also eigentlich nur etwas Altes. Sie hat aber gerade noch gezeigt, um zu zeigen, wie volkswirtschaftlich die Lebensmittelpolitik wirkt, die während der Dauer des letzten Reichstags die Parteien des schwarzblassen Bloß mit den Konservativen im Zentrum um der Spitze getrieben haben. Ob jetzt nicht auch mancher christlich gestimmte Arbeiter die Leute etwas genauer ansehen wird, denen er bisher Vertrauen schenkte?

Neue Stirch-Dundersche Agitationsmethoden.

Die Stirch-Dundersche Gewerbetreibenden haben in langen Jahren auf so vielerlei Art versucht, ihrer Wangigkeit und Unbedeutendheit abzuhelfen, daß man meinen könnte, es seien da wohl kaum noch neue Agitationsmethoden ausfindig zu machen. Man denke nur an das hin und her der „Hefgründigen“ Debatten und Streitigkeiten über Begriff und Art der „Neutralität“ und der politischen Abstinenz, man denke auch an das berühmte Taktikjournal des Erkelenz!

Jedoch, Mut macht erfindlich; wenn die Mitglieder durchaus in die Verjammungen gebracht werden sollen und wenn dies durch die „gehaltvollen“ Reden der Stirch-Dunderschen unterschiedlichen Grades nicht zuwege gebracht werden kann, dann muß eben der Gewalt von — Kathreiners Malzkaffee in den Dienst der „guten Gewerbetreibenden“ gestellt werden. Gesagt, getan!

Die Nummer 47 der Düsselbörser Westdeutschen Post rief die Dornmunder Gewerbetreibenden zu einem „Vortragsabend“ zusammen. Ein Herr Kisch (Berlin) sollte über „Nervosität und Ernährung“ reden, dann sollte eine „gemeindefähliche Kaffeetafel“ geben („Kaffee und Gebäck gratis“) und weiter eine Lichtbildervorführung („Metzgebilde und Ansichten aus einem Großbetrieb“). Karten wurden gratis ausgegeben. Von den Mitgliedern wurde erwartet, daß sie sich mit ihren Familienangehörigen und Freunden unserer Sache vollständig beteiligten. Die Veranstaltung, hieß es, ist vollständig unergründlich, es entstehen keine Kosten.

Die Sache war etwas kurios, da man ja nicht annehmen konnte, daß die Gewerbetreibenden selbsthätige Gegenstände seien. Und daß etwa die Kaffe der Gewerbetreibenden den Spaß bezahlen und auf diese Art der herrschenden Feuerung entgegenwirken wolle, war auch nicht gut anzunehmen.

Die Nummer 48 der Westdeutschen Post brachte dann die Aufklärung in einem langen und „begeisterten“ Bericht über den Verlauf des „Vortragsabends“. Man wurde da gewahrt, daß es sich um die — Reklameveranstaltungen eines Fabrikanten gehandelt hat. Man höre die Schilderung des Berichts der Westdeutschen Post über den Vortrag:

„Ein weiteres gesundes Getränk ist Kathreiners Malzkaffee. Dieser wird von der übergroßen Mehrzahl der Ärzte empfohlen. Auch für Kinder ist dies ein bedürftliches Getränk. . . . Man gebe ihnen lediglich Kathreiners Malzkaffee ohne jeden Zusatz.“

Herr Kisch lobte den Referenten für seine vorzüglichen Ausführungen, vermerkt das Gewerbetreibendenblatt.

„Während der Kaffeetafel“ sprach dann weiter eine Frau Dr. Augustin, die ausführte, daß Malzkaffee nach richtiger Zubereitung im Verhältnis zu dem teuren Bohnenkaffee ein gleichartiges, aber bedeutend billigeres Getränk darstelle. Die Frage: „Gibt Ihnen der Kaffee geschmeckt?“ wurde mit einem freudigen Ja beantwortet. Diese Rednerin soll aber auch den „Beweis“ erbracht haben, daß sie nicht gekommen sei, um eine gewisse Reklame für die Geisteskraft zu machen.“ Der laute „Beweis“ ist aber in dem Bericht ganz unterlassen worden, anzugeben, w o d u r c h dieser „Beweis“ erbracht wurde. Jedoch: auch diese Ausführungen der Referentin wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.“

Dann kamen die Lichtbilder, bei denen — natürlich — auch wieder längere Zeit bei dem Großbetrieb der Gesellschaft des Kathreiners-Malzkaffees „Uerdlingen“ verweilt wurde“. Zum Schluß führte der Referent noch einige Nachahmungen von Malzkaffees vor, die fast ähnliche Palustriehüllungen hatten, um eventuelle das Publikum in der Gewalt des Kathreiners-Malzkaffees zu täuschen. Lasse man sich nicht irre machen; der wirkliche Kathreiners Malzkaffee trägt die Zeichnung Kathreiners-Anelup-Malzkaffee mit dem Bildnis des Dr. Knapp.“

Nach dieser Vortrag wurde selbstverständlich mit einem dröhnenden Beifall aufgenommen. Die Stirch-Dunderschen Gewerbetreibenden müssen dem Gehalt des Kathreiners-Kaffees wohl eine rechte Zankermahlerei für die Agitation zumeifen, denn auch der Regulator berichtet von dieser neuen Agitationsmethode (Nr. 49).

Nachdem sich die Firma Kathreiner die Stirch-Dunderschen bezerrt als Reklamematerial nutzbar gemacht hatte, wurde nur noch die Versandnachfrage vorgenommen.

Wahrscheinlich wird sich nun die „Kaffe-Tage“-Gesellschaft, der erbitterte Konkurrent des Knapp-Kaffees, über die „Korn-Brand“

Gesellschaft beellen, die Stirch-Dunderschen auch zu einem ähnlichen Staffeltakt einzuladen. Wir zweifeln nicht im geringsten daran, daß dann — bei entsprechendem Freigebot — die Vertreter der anderen Kaffee- und Malzgesellschaften mindestens gleich stark „dröhnenden Beifall“ ernten werden!

Entsprechend organisiert und zentralisiert, kann sich die neue Stirch-Dundersche Agitationsmethode noch großartig ausbreiten.

Vom Ausland.

Österreich.

Das österreichische Arbeitsstatistische Amt im Handelsministerium veröffentlicht jährlich eine Darstellung der Wirtschaftslampe, die die Beachtung der Gewerkschaften in hohem Maße verdient. (Die Arbeitseinstellungen und Ausschließungen in Osterreich. Verlag von Alfred Höder.) Aus der letzten Publikation für das Jahr 1910 ist der Umfang und die Art der wirtschaftlichen Kämpfe eines Jahrzehntes zu ersehen, was einen bedeutenden Einblick in die ökonomischen Verhältnisse des Landes ermöglicht. Nicht zum mindesten sind aber die vom Amte erhobenen Daten deshalb von Wichtigkeit, weil sie die Kraft und die Erfolge der gewerkschaftlichen Aktion widerspiegeln.

In dem Jahrzehnt 1901 bis 1910 war die umfangreichste Streikbewegung im Jahre 1907 zu verzeichnen. In diesem Jahre fanden nicht weniger als 1086 Streiks statt. 6130 Betriebe mit 287 662 Beschäftigten waren von Streiks ergriffen worden. Streikende selbst gab es 176 789. Auch im Jahre 1906 war die Streikbewegung ungemein ausgebreitet und stand der darauffolgenden Jahres nur um ein Geringes nach. Die geringste Streikfähigkeit war dagegen im Jahre 1901 zu verzeichnen. Es gab nur 270 Streiks in 719 Betrieben mit 64 652 Beschäftigten und 24 870 Streikenden. Die Jahre der höchsten und der geringsten Streiktätigkeit bezeichnen zugleich die Jahre glünstiger und ungünstiger Konjunktur. Nach der Aufschwungsperiode am Ende der neunziger Jahre war die Depression am Beginn des neuen Jahrhunderts eingetreten. Die Stelle erreichte in den Jahren 1901 und 1902 ihren Höhepunkt, was gleichbedeutend war mit einem Tiefstand der gewerkschaftlichen Aktion. In den folgenden Jahren erholte sich die Industrie, die Fabriken waren voll- oder beschäftigt und damit ermächtigt auch wieder die Möglichkeit und die Lust zu gewerkschaftlichen Vorstößen. In den Jahren 1906 und 1907 war der Höchststand erreicht, und nun ging es wieder rasch abwärts. Während im Jahre 1907 noch 176 789 Streikende gezählt wurden, waren es im Jahre 1908 nur mehr 78 662. In den folgenden Jahren einer schlechten Konjunktur mußte die Streiktätigkeit noch weiter eingeschränkt werden. Im Jahre 1909 gab es 61 978; im Jahre 1910 nur 55 474 Streikende. In dem letztgenannten Jahre machten sich aber bereits leise Zeichen einer Besserung bemerkbar. Obwohl die Zahl der Streikenden noch verhältnismäßig gering ist, war die der angegriffenen Betriebe bereits wieder größer als im Vorjahre und auch die Streikdauer ist länger geworden. Die Arbeiter haben hartnäckiger gekämpft.

Genau wie der Umfang der Streiktätigkeit, läßt der Streikerfolg einen Schluß auf die Wirtschaftslage zu. Im Krisenjahre 1901 waren die Streikerfolge am größten, an zweiter Stelle steht, was die Erfolgslosigkeit betrifft, das Jahr 1902, an dritter Stelle das Jahr 1903. Von 100 Streiks wurden im Jahre 1901 nicht weniger als 43 bündig erfolgreich geführt, während im Jahre 1905, dem Jahre des geringsten Streikerfolges, nur 27 Prozent erfolgreiche Streiks zu konstatieren waren. Im Jahre 1909 war das Verhältnis folgendes: 17,4 Prozent der Streiks hatten einen vollen, 51,6 Prozent einen teilweisen und 31 Prozent keinen Erfolg. Was diese Erfolge im einzelnen betrifft, wurde vom Arbeitsstatistischen Amt erhoben, daß 33 109 Streikende im Jahre 1910 eine Lohnererhöhung und 8048 Streikende eine Arbeitszeitverkürzung erwirkten.

Ueber die Eisen- und Metallindustrie wird vom Arbeitsstatistischen Amte in zwei Gruppen berichtet. Die erste Gruppe ist die Metallverarbeitung. Wir erfahren von ihr, daß sie im Jahre 1906 die größte Streikbewegung hatte (16 373 Streikende) und im Jahre 1902 die kleinste (741 Streikende). Im Jahre 1910 gab es 69 Streiks mit 4934 Streikenden. — In der zweiten Gruppe, der Erzeugung von Maschinen, Apparaten, Instrumenten und Transportmitteln, liegen die Verhältnisse ähnlich. Im Jahre 1907 war die bedeutendste Streikbewegung (7909 Streikende), im Jahre 1903 die geringste (705 Streikende). Im Jahre 1910 wurden 52 Streiks mit 2346 Streikenden gezählt. Man ersieht aus diesen Zahlen, daß die Eisen- und Metallindustrie Osterreichs sich mit den übrigen Industrien so ziemlich in einer Linie bewegt. An einem allgemeinen industriellen Aufschwung nimmt auch die Eisen- und Metallindustrie teil, ein allgemeiner Nebenberg macht auch vor ihr nicht halt. Und ebenso ist es mit dem Gewerkschaftskampfe. Der Angriff in anderen Branchen erfolgt gleichzeitig mit dem der Metallarbeiter zu erfolgen.

Ueber die im letzten Jahrzehnt erfolgten Ausschreitungen berichtet das Arbeitsstatistische Amt, daß es deren im Jahre 1906 am häufigsten gab. In diesem bedeutendsten Kampfsjahre der österreichischen Arbeiter wurden nicht weniger als 67 872 Arbeiter in 1832 Betrieben ausgebeert. Am wenigsten Ausschreitungen gab es im Jahre 1901, nämlich nur 3 mit 302 Arbeitern. Im Jahre 1910 sind 19 292 Arbeiter in 246 Betrieben ausgebeert worden. Bemerkenswert ist die Feststellung des Amtes, daß die Ausschreitungen in ungleich größeren Betrieben vorzugsweise stattfanden als die Streiks. Während auf einen Streik im letzten Jahrzehnt 84 (im Jahre 1910) bis 162 Arbeiter (im Jahre 1907) entfielen, waren im Jahre 1910 an einer Ausschaltung durchschnittlich 1015 Arbeiter beteiligt. Daraus ist zu ersehen, daß die Ausschreitungen gewöhnlich von den großen Unternehmern vorgenommen werden. Der große, mächtige Kapitalist wagt es leichter, seinen Betrieb zu sperren und die Arbeiter auf das Klotz zu setzen, als dies bei dem kleinen Unternehmer der Fall ist. Freilich haben auch die großen Unternehmer mit den Ausschreitungen nicht so viel Glück, wie sie es sich erhoffen. So endeten zum Beispiel im Jahre 1910 von den 19 Ausschreitungen 9 mit der Gewährung von Vorklagen für die Arbeiter und zwei Ausschreitungen gaben den Arbeitern zum Abschluß nicht unvorteilhafter Kollektivverträge. Daraus ist zu ersehen, daß trotz aller großen Worte die Bäme einer scharfsinnigen Unternehmerorganisation auch nicht in den Himmel wachsen.

Norwegen.

Die in den Nummern 25 und 27 besprochene Angelegenheit betreffend die Firma Kunz und Metallgießerei E. Polejsky ist durch Verhandlungen zwischen den Inhabern der Firma und dem Deutschen Sozialklub in Norwatts geregelt worden, so daß etwaiger Arbeitskämpfe bei der genannten Firma nichts mehr im Wege steht.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der amerikanische Maschinenbauer-Verein in der Verwaltungsperiode 1909 bis 1911.

Das Machinists Monthly Journal für Oktober 1911 enthält die Berichte der Beamten der International Association of Machinists über die letzte zweijährige Verwaltungsperiode. Generalsekretär und Schatzmeister Geo. Freston gibt an, daß vom 1. Juni 1909 bis 31. Mai 1911 die Gesamteinnahmen der Zentralkasse 1 089 860 Dollar und ihre Gesamttausgaben 1 014 828 Dollar betrugen. Auf den ersten Blick scheint das finanzielle Ergebnis nicht ungünstig zu sein, da die Einnahmen um 26 082 Dollar höher waren als die Ausgaben, doch stellt sich bei näherer Prüfung heraus, daß auch die jährliche Ertaxsteuer von 9,50 Dollar pro Mitglied zur Bestreitung der laufenden Ausgaben mitverwendet wurde, obwohl davon — gemäß Art. 6 § 2 des Verbandsstatuts — 9 Dollar pro Mitglied zu einem Fonds für die Beförderung der Arbeiter zu sammeln waren vorgesehen. Aber wer wird sich denn an ein Statut halten? Durch Urabstimmung

der Mitglieder wurde übrigens beschlossen, die Zahlung dieser Extrasteuer mit Ablauf des Jahres 1910 einzustellen.

Table with 2 columns: Item (Streikunterstützung, Sterbegeld, etc.) and Amount (Dollars and Cents).

Die Hälfte der Gesamtausgaben traf demnach auf Streikunterstützung, aber für Agitation wurde eine verhältnismäßig geringe Summe ausgegeben.

Der Vermögensbestand ist in dem Finanzbericht nicht angegeben; da in den zwei Jahren an Vermögenszinsen nahezu 11000 Dollar eingenommen wurden.

Über die Mitgliederzahl des Maschinenbauerverbandes wurde schon lange nichts Bestimmtes gesagt.

Im Laufe der zwei Jahre nahm der Mitgliederstand also um 22403 oder 32 Prozent zu, was in Anbetracht der hohen Aufnahmegelöhne (von 3 Dollar aufwärts) ein sehr großer Erfolg ist.

Die 110 in der Berichtszeit dem Verband neu angeschlossenen Ortsvereine hatten zur Zeit des Beitritts 5110 Mitglieder; aufgelöst wurden 53 Ortsvereine mit 1582 (durchschnittlich also 30) Mitgliedern.

Über die wirtschaftlichen Erfolge, die die Organisation seit Mitte 1909 erzielte, enthält D'Connell's Bericht nur spärliche Angaben.

In der letzten Woche des Juni 1911 fanden Mitglieder von 60 Ortsvereinen im Streik, die an zentralisierter Unterstützung einen Betrag von 14247 Dollar erhielten.

Die Verkürzung der Arbeitszeit, sagt D'Connell, hat fortwährend Fortschritte gemacht und es wäre wohl mehr zu erzielen gewesen, wenn der Verband die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung gehabt hätte.

Bei der letzten Versammlung unterlag der langjährige Vorsitzende James D'Connell; er erhielt 15321 Stimmen, sein Gegenkandidat 15300 Stimmen.

Zur Beachtung! Die Nr. 52 muß wegen der Weihnachtsfeiertage früher fertiggestellt werden. Einfindungen dafür müssen spätestens am Freitag den 22. Dezember früh in unseren Händen sein.

Bilder von intimer Reiz hervorzuheben. Das Balladenartige überwiegt jedoch in dem vorliegenden Gedichtbändchen.

Neues Buch der Jugend. Herausgegeben von Emma Adler. Wien 1912, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.

Gejächte des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands. Mit einem Rückblick auf die Kupferschmiede-Bruderschaften bis zur Gründung des Verbandes.

Protokoll der 12. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands.

Der Maschinenbau- und Metallarbeiter-Kalender für 1912. Herausgegeben von Karl Patatz unter Mitwirkung vieler Fachleute.

Der Maschinenbau. Seine bisherige Entwicklung und seine Ausblicke. Von Josef Hofmann, preussischem Regierungsbauingenieur.

Die erste Schweisung der Metalle. Von S. Kagan, Professor für Technologie und industrielle Anlagen in Kasel.

Servant Rebel: Tripelstreik und Weltkrieg. Hede, gehalten am 6. November 1911 im Kaufmännischen Vereinshaus zu Frankfurt a. M.

Wann ist ein Feindvergnügung? Erörterung einer Reform unseres gewerblichen Einigungswesens.

Die Kampfgewerkschaften als Arbeitgeber und ihre Beziehungen zur modernen Arbeiterbewegung.

Welche Rolle hat das weibliche Kind und seine Mutter? Gemeinverständlich dargestellt mit Klagen, Maximen und ausführlichen Selbsterörterungen.

Allgemeine Grundsätze und Sterbefälle der Metallarbeiter (G. S. 20 Hamburg).

Da ich durch die Aufnahme sogenannter Dien- oder Fabrikanten erhebliche Missstände herausgestellt haben, bei der Verbandsbeschlüssen, fernhin den Beitritt solcher nicht mehr zuzugestehen.

Die Bestimmung in § 18 Abs. 8 des Statuts in Bezug auf den Kassenbestand, der am Orte behalten werden darf, wird immer mehr außer Acht gelassen.

In Bezug auf das Kleben der Quittungsmarken in die Mitgliederbücher haben sich ebenfalls Missstände gezeigt.

Folgende Mitglieder, deren Aufenthalt nicht bekannt ist, wurden aus der Liste gestrichelt: Joh. Gausig, 78 587; A. Zahn, 225 833; A. Krupich, 190 717; K. Lohse, 224 736; M. Meier, 206 627; Jos. Lumbi, 225 364.

Hamburg, den 12. Dezember 1911. Mit Gruß Der Vorstand.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.) Samstag, 23. Dezember: Dall. Schwab, Bierkeller, 8 Uhr.

Gestorben.

- Verstorb. Fris Binnelbühl, Schloss, 20 Jahre, Schwarlag. Durgahn, Max Müller, Eisenmacher, 30 Jahre, Lungenentzündung.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

- Berlin (Feilenmacher). Umshauen und Antragen nach Arbeit ist nicht gestattet. Der Arbeiter nachweis befindet sich jetzt bei R. Lur. N. W., Sittungstr. 54, Du. 3. Sprechzeit von 6 bis 8 Uhr abends.

Privat-Anzeigen.

3-4 jüngere Former für Maschinenbau für dauernde Arbeit sofort gesucht. Bogner Maschinenfabrik u. Eisengießerei S. Obermeier & Comp.

Selbst. Monteur gesucht. Durchaus erfahren in Installation moderner Abzugerwerke.

Der Feilenmacher Hermann Kampmann, geb. 11. 11. 1886 in Göttingen, einget. am 1. 10. 1908 in Berlin a. M. (Geburtsort) ist durch den Tod seiner Frau, geb. 18. 12. 1884 in Berlin a. M. (Geburtsort) verstorben.

Der Schlosser Josef Beckhoff, geb. am 31. August 1889 in Gollau (Schweden) hat seinen Eltern seit zwei Jahren sein Lebenszeichen mehr gegeben.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.

Literarisches.

(Für Bestellung der angelegten oder bevorstehenden Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Das Tag und Nacht nennt Ludwig Dehnen einen neuen Gedichtband, der jedoch im Verlage der Buchhandlung S. W. S. Paul Singer & Co. h. G., Berlin SW. 68 (Preis 1.50 M.), erschienen ist.